

Die Nazifizierung der deutschen Presse

Eine Fallstudie am Beispiel der Presse Badens 1932 bis 1944

Von

Konrad Dussel

Über die Grundlinien der Entwicklung der deutschen Tagespresse zwischen 1933 und 1945 besteht seit langem Klarheit: Das breit entfaltete, pluralistische Zeitungswesen der Weimarer Republik wurde von den Nationalsozialisten in mehreren Wellen drastisch beschnitten und inhaltlich in ein enges Korsett gezwängt. Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs existierte nur noch ein Bruchteil der Blätter, die es 1932 gegeben hatte – und fast alle davon waren in der Hand der NSDAP. Von „Zeitungen“ war dabei eigentlich kaum noch zu reden. Es handelte sich nur noch um eine Art Flugblätter mit Durchhaltepropaganda¹.

Was als Skizze taugt, wird schnell unzulänglich, wenn man sich den Details zuwendet. Die kritische Prüfung der Gegebenheiten erzwingt jedoch nicht nur die Modifikation etlicher Fakten, sondern sie eröffnet auch ganz neue Problemhorizonte. Nicht, dass etwa die Nazifizierung der deutschen Presse nach 1933 insgesamt in Frage gestellt werden müsste – auf der Basis präziserer Kenntnisse erhält nur die Frage nach dem Stellenwert der Tagespresse im nationalsozialistischen Informations- und Propagandasystem ganz neues Gewicht. Es deuten sich nämlich Defizite im Bereich der Informations- und Propagandadistribution an, denen anscheinend vor allem durch den Einsatz eines neuen Mediums begegnet wurde. Weitere Forschungen werden das Zusammenspiel von Presse und Rundfunk unter dieser Perspektive neu zu bewerten haben.

¹ Walter HAGEMANN, *Publizistik im Dritten Reich. Ein Beitrag zur Methodik der Massenführung*, Hamburg 1948; Oron J. HALE, *Presse in der Zwangsjacke*, Düsseldorf 1965; Karl-Dietrich ABEL, *Presselenkung im NS-Staat. Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit*, Berlin 1968; Jürgen HAGEMANN, *Die Presselenkung im Dritten Reich*, Bonn 1970, sowie Fritz SCHMIDT, *Presse in Fesseln. Eine Schilderung des NS-Pressetrusts*, Berlin 1947. Das Buch erschien ursprünglich anonym. Zu Schmidt als Autor: HALE, S. 332–335.

Die Brüchigkeit der bekannten Fakten

Eine weit verbreitete Tabelle enthält folgende Werte:

Die Pressemacht der NSDAP²

Jahr	Zeitungen	davon NSDAP	Auflage in Mio.	davon NSDAP
1932	4.703	94	26,0	1,0
1939	2.288	200	16,0	6,1
1944	977	352	25,1	20,7

Im Kern stützt sich diese Zusammenstellung auf zeitgenössische Angaben, ohne allerdings deren Präzisierungen und Relativierungen mitzuteilen. So wird in der vierten Auflage des Handbuchs der deutschen Tagespresse von 1932 durchaus die Zahl von 4.703 Tageszeitungen genannt, jedoch ausdrücklich hinzugefügt „davon Nebenausgaben: 980“³. Der Wert für 1944 ist nicht der siebten Auflage des Handbuchs entnommen. Dort bezieht er sich nämlich auf den Stichtag 1. Oktober 1943 und lautet 988, aber im vorliegenden Zusammenhang ist die Fußnote dazu viel wichtiger: *Diese Zahl erfaßt keine Nebenausgaben*⁴. Nun könnte man zwar achselzuckend darüber hinweggehen, ob sich die Zahl der deutschen Zeitungen von 4.703 auf 977 oder nur von 3.723 auf 988 reduziert habe, weil der Schwund so oder so sehr beträchtlich ist; aber wissenschaftlich redlich wäre das nicht.

Noch gravierender ist das Problem der Auflagenhöhe. Die Angabe „26 Millionen“ für 1932 ist reine Spekulation. Sie könnte genauso gut auch nur 18,6 Millionen betragen⁵. Die zentrale Schwierigkeit besteht nämlich darin, dass das 1932 erhobene statistische Material sehr lückenhaft war. Von 4.703 Zeitungen lieferten nämlich 2.472 (davon 866 Nebenausgaben) keine Antwort auf die entsprechende Frage. Das war etwas mehr als die Hälfte (lässt man in beiden Fällen die Nebenausgaben unberücksichtigt: fast die Hälfte). Ist aber von der einen Hälfte, die die Angaben lieferte, umstandslos auf die andere Hälfte zurückzuschließen? Wer unterließ es, seine Auflagenzahlen zu melden?

2 Heinz PÜRER / Johannes RAABE, *Presse in Deutschland*, Konstanz ³2007, S. 98, übernommen aus Hermann MEYN, *Massenmedien in Deutschland*, Neuaufgabe Konstanz 2004, S. 36 (dort keine Quellenangaben).

3 *Handbuch der deutschen Tagespresse*, hg. vom Deutschen Institut für Zeitungskunde Berlin, Berlin ⁴1932, S. 1.

4 *Handbuch der deutschen Tagespresse*, Leipzig ⁷1944, S. XXIX.

5 So PÜRER / RAABE (wie Anm. 2) selbst an anderer Stelle (S. 69) und ohne weiteren Kommentar. Bernd Sösemannt entscheidet sich in einer vergleichbaren Tabelle kommentarlos für 19 Mio. Anzumerken ist zudem, dass er die Zahl der nationalsozialistischen Tageszeitungen auf 59 herunterkorrigiert und dafür 38 Wochenblätter und fünf Halbwochenzeitungen anmerkt. Die Gesamtauflage der NS-(Tages-)Presse gibt er mit 0,782 Mio. an: Bernd SÖSEMANN, *Propaganda. Medien und Öffentlichkeit in der NS-Diktatur*. Eine Dokumentation, Stuttgart 2011, Bd. 2, S. 1094.

Eher große Verlage oder eher kleine? Vorsicht scheint geboten. Das sollte genauer untersucht werden.

Die Probleme mit den Auflagen-Angaben für 1939 und 1944 sind nicht ganz so gravierend, aber doch beachtlich. Für 1939 wurden im Handbuch von 1944 noch ganz detaillierte Werte veröffentlicht. Für das erste Vierteljahr wurde eine „Gesamtauflage“ von knapp 18 Millionen genannt, für das zweite eine von wenig über 18 Millionen. Außerdem wurden auch die Werte für die „Absatzauflage“ (im weitesten Sinne die bezahlte Auflage) angegeben. Hier lagen die Werte jeweils leicht über 16,5 Millionen⁶. Sicherlich darf man die Absatzauflage als aussagekräftiger als die Gesamtauflage betrachten, allerdings muss dann auch nach entsprechenden Differenzierungen bei der Angabe für 1932 gefragt werden. Möglicherweise wurde in der Tabelle aber auch der Anteil für die 1938 hinzugekommenen sudetendeutschen und österreichischen Zeitungen herausgerechnet; angemerkt wurde es allerdings nicht. Je nachdem, für welche Werte man sich bei den Auflagen 1932 und 1939 entscheidet, erhält man ganz verschiedene Befunde: Die Tabelle behauptet einen Rückgang von fast 40 Prozent; er könnte aber auch viel geringer gewesen und am Ende vielleicht gegen Null gegangen sein.

Nach Kriegsbeginn gab es sicher ein erhebliches Auflagenwachstum. Gleichwohl ist die Datenlage für 1944 kompliziert. Seit Kriegsbeginn wurden keine detaillierten Auflagenzahlen mehr veröffentlicht⁷. Trotzdem konnte Fritz Schmidt als früherer Insider 1947 die in der Tabelle genannten Daten veröffentlichen⁸. Aber auch da muss man nach dem Bezugsgebiet fragen und berücksichtigen, welchen Anteil die für Soldaten hergestellten Exemplare ausmachten.

Alle diese (und auch die anderen in der Tabelle mitgeteilten) Fakten sind weitgehend anhand der verschiedenen zeitgenössischen Handbücher der deutschen Tagespresse überprüfbar. Allerdings ist der Aufwand beträchtlich und so scheint es sinnvoll, erst einmal an einem Ausschnitt zu überprüfen, welche Ergebnisse eine Detailauswertung der Fakten erwarten lässt. Dies geschah am Beispiel der Zeitungen des Landes Baden. Im Folgenden werden die Ergebnisse vorgestellt.

Der Fall der badischen Zeitungen als Pilotstudie

Das Basismaterial der Untersuchung bilden die einschlägigen Kapitel in den vier 1932, 1934, 1937 und 1944 erschienenen Auflagen des vom Deutschen Institut für Zeitungskunde in Berlin herausgegebenen Handbuchs der deutschen

⁶ Handbuch 1944 (wie Anm. 4) S. XXXXVII.

⁷ Ebd., S. XXXXIII.

⁸ SCHMIDT (wie Anm. 1) S. 117. Das Handbuch 1944 nennt für den 31. Dezember 1941 *einschließlich der für das Feld hergestellten Exemplare* 22,3 Millionen (S. XXXXIII) und spricht für eine nicht näher definierte Gegenwart von 26,7 Millionen (S. XV).

Tagespresse. In einer Excel-Datenbank wurden alle darin verzeichneten Zeitungen mit den wichtigsten Daten erfasst⁹.

Schnell zeigte sich, dass eine ganze Reihe von Vereinheitlichungen vorgenommen werden mussten, um zu wirklich vergleichbaren Zahlen gelangen zu können. Am Wichtigsten waren drei Entscheidungen:

1. 1944 wurde das Handbuch nicht wie zuvor nach Ländern, sondern nach NSDAP-Gauen gegliedert. Der Gau Baden umfasste jedoch seit 1940 nicht mehr nur das Land Baden, sondern auch noch das Elsass. Die elsässischen Zeitungen wurden nicht einbezogen.
2. 1944 wurde auch eine weitere Neuerung eingeführt. Erstmals fand der Begriff ‚Tageszeitung‘ eine gewisse Einschränkung. Erfasst wurden nun nur noch *zweimal wöchentlich und häufiger erscheinende Zeitungen*¹⁰. Es erschien sinnvoll, diese Regelung auch auf die früheren Auflagen des Handbuchs anzuwenden, weil so die Vergleichbarkeit der Angaben erhöht wurde. Außerdem konnten so eine ganze Reihe von kommunalen Verkündigungsblättern ausgeschieden werden, mit denen zeitgenössisch ein Stück weit die Statistik manipuliert worden war. Darauf ist an entsprechender Stelle noch einzugehen. Und
3. war zum bereits angesprochenen Problem der ‚Nebenausgaben‘ Stellung zu nehmen. Was sind ‚Nebenausgaben‘ und wie sind sie zu zählen? Die ökonomisch zumeist recht schlecht fundierte deutsche Tagespresse war in der Weltwirtschaftskrise zusätzlich unter Druck geraten. Um ihre Kapazitäten besser auszulasten und neue Einnahmequellen zu erschließen, wurde in vielen Fällen mit dem Aufbau eines Systems von Lokalausgaben begonnen, „also von organisatorisch angegliederten Titeln, die kostengünstig zu produzieren waren, weil nur geringfügige redaktionelle Änderungen zur Hauptausgabe vorgenommen wurden.“ Häufig genug geschah dies allerdings nur in bescheidenstem Rahmen, so dass am Ende kaum mehr als der Kopf der Zeitung ausgetauscht wurde, weshalb zeitgenössisch immer wieder von ‚Kopfzeitungen‘ gesprochen wurde. Bezogen auf die Vermehrung von Zeitungstiteln ist die Ausbildung von Lokalausgaben zu Recht als „der charakteristische Zug der Weimarer Presse“ zu bezeichnen¹¹.

Auch im Badischen war ein solches Vorgehen weit verbreitet – und gerade unter kleinen Zeitungen. Das seit 1920 erscheinende „Buchener Volksblatt“ beispielsweise nannte 1932 eine Auflage von nur 2.500 Exemplaren, aber neben seiner Hauptausgabe in Buchen drei Nebenausgaben: das „Bauländer Volks-

9 Ich danke Jasmin Dücker für die Dateneingabe.

10 Handbuch 1944 (wie Anm. 4) S. XXXXIII.

11 Gerd MEIER, Zwischen Milieu und Markt. Tageszeitungen in Ostwestfalen (1920–1970) Paderborn 1999, S. 69 u. S. 155.

blatt“ in Adelsheim, das „Erftaler Volksblatt“ in Hardheim und das „Mudauer Volksblatt“ in Mudau¹². Obwohl die Quellenlage nicht sehr günstig ist, kann gesagt werden, dass es sich um reine Kopfblätter handelte, „die keinen eigenständigen lokalen Schwerpunkt in der Berichterstattung aufwiesen“¹³. Es erschien deshalb sinnvoll, Nebenausgaben nicht als eigene Zeitungen zu zählen, sondern sie den jeweiligen Hauptausgaben zuzuschlagen. Selbstverständlich war das Phänomen als solches im Auge zu behalten; wichtige Veränderungen werden thematisiert.

Badische Zeitungen und ihre Auflagen 1932

Ausgangspunkt für die Berechnung der Gegebenheiten von 1932 bilden die Angaben in der vierten Auflage des „Handbuchs der deutschen Tagespresse“. Es vermerkt im Vorspann zu seinem Baden-Kapitel: *Zeitungen: 257*, setzt allerdings sofort hinzu: *davon Nebenausgaben: 63*¹⁴. Die Zahl der badischen Zeitungen im Jahr 1932 sinkt damit von 257 auf 194. Die kritische Durchsicht aller Einträge ergibt jedoch, dass nicht alle Nebenausgaben als solche im Handbuch vermerkt sind; wahrscheinlich hatten es ein paar Verleger unterlassen, entsprechende Angaben zu liefern. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit gilt dies für elf Fälle¹⁵. Die Zahl der Hauptausgaben geht dadurch auf 183 zurück. Schließlich wurden auch noch 17 nur einmal wöchentlich erscheinende Organe ausgesondert. Im Jahr 1932 betrug damit die Zahl der badischen Zeitungen im hier definierten Sinne 166.

Leider wurden nur zu einem Teil der Zeitungen Auflagenangaben geliefert. Für insgesamt 107 Zeitungen liegen Angaben vor, die sich zu einer Summe von 691.000 addieren lassen. Selbstverständlich ist schon einmal zu diskutieren, wie realistisch dieser Wert ist. Nannten die Verleger tatsächlich die korrekten Zahlen oder neigten sie zu Übertreibungen? Auffällig ist jedenfalls die Vorliebe

12 Handbuch 1932 (wie Anm. 3) S. 6 f.

13 Markus M. WIELAND, Das ‚Buchener Volksblatt‘ (1920–1936). Ein Beitrag zu Buchens Pressegeschichte. In: Der Wartturm 41 (2000), H. 2, S. 3–7, hier S. 4 und 7.

14 Handbuch 1932 (wie Anm. 3) S. 5.

15 Völlig eindeutig ist nur der Fall der ‚Wallstadter Zeitung‘. Im Eintrag zur ‚Feudenheimer Zeitung‘ (Handbuch 1932, S. 16) wurde sie korrekt als Nebenausgabe markiert, beim eigenen Eintrag (S. 22) wurde dies dagegen vergessen; genauso sieht es bei den ‚Kinzigtälerner Nachrichten‘, Haslach, und dem ‚Wolfacher Volksblatt‘ aus (bei ‚Offenburger Zeitung‘ als Hauptausgabe angegeben). Die ‚Blankenlocher Zeitung‘, die ‚Jöhlinger Zeitung‘ und die ‚Stafforter Zeitung‘ sind jedoch nur aus Ortskenntnis heraus als Nebenausgabe der ‚Walzbach-Quelle‘ in Weingarten zu identifizieren. Immerhin wird dies durch die Angabe desselben Verleger-Namens abgestützt (S. 6, 12, 20, 22). Ähnliches gilt für den ‚Gaggenauer Anzeiger‘, dem ‚Murgtälerner‘ (Gernsbach) und den ‚Neuen Rhein- und Kinzigboten‘ (Kehl), die dem ‚Rastatter Tagblatt‘ zugeordnet werden können (S. 9 f., 19) sowie für die ‚Oestringer Tages-Zeitung‘, die zur ‚Bruchsaler Zeitung‘ gehörte.

für runde Zahlen, bei kleineren Auflagen auf Hunderter, bei größeren auf Tausender. Wenn die „Freiburger Zeitung“ „25.000“ angab, könnten es vielleicht auch nur 24.600 oder gar nur 24.234 gewesen sein. Und was war überhaupt ‚die‘ Auflage? Die Zahl der gedruckten Exemplare oder die der verkauften Exemplare? Und was war der Bezugszeitraum? Ein Stichtag? Eine Durchschnittswoche? Ein durchschnittlicher Quartalswert? All dies muss offen gelassen werden. Die errechnete Auflagenzahl von 1932 kann damit nur als ungefährender Richtwert dienen, zumal sie ja auch noch um eine Unbekannte erweitert werden muss, die Auflage jener Zeitungen, die dazu keine Angaben machten.

Um diesen Wert abzuschätzen, kann nicht einfach der Prozentsatz der Angabenverweigerer bei den Zeitungen für die Auflage übernommen werden. Unter den 59 Zeitungen ohne Auflagenzahl (= 36 Prozent der badischen Zeitungen) gab es zwar auch ein paar größere (auffallenderweise zumeist Parteizeitungen, darunter der Karlsruher „Volksfreund“ der SPD oder das nationalsozialistische „Hakenkreuzbanner“ in Mannheim), aber die meisten waren doch eher so klein, dass ein einfach analog angenommener Auflagen-Anteil von 36 Prozent wesentlich zu hoch gegriffen wäre. Im Endeffekt würde dies eine Zahl von weiteren 389.000 Zeitungsexemplaren bedeuten, also eine Summe von einer guten Millionen Zeitungen bei nur 2,3 Millionen Einwohnern ergeben. Schätzt man dagegen für jede einzelne der 59 Zeitungen ohne Auflagen-Angabe die Auflagenhöhe anhand früherer Auflagenangaben oder unter Einbezug der Ortsgröße ab, so ergibt sich eine Summe von etwa 150.000. Auch das führt noch zu einer sehr beachtlichen Gesamtauflage von rund 840.000 Exemplaren für das Land Baden. Wahrscheinlich ist sie aber immer noch zu hoch, denn es ist wenig wahrscheinlich, von einer Versorgung der badischen Haushalte von mehr als hundert Prozent auszugehen¹⁶.

Wie sind nun die verschiedenen Zeitungen politisch einzuordnen und wie groß waren die Auflagenanteile der verschiedenen politischen Segmente? Das Handbuch von 1932 beschränkte sich auf die Wiedergabe der Selbsteinschätzungen, und überraschenderweise waren die nur sehr selten verweigert worden – gerade einmal in elf von 166 Fällen. Wahrscheinlich tut man diesen Blättern nicht unrecht, wenn man sie der großen Gruppe der programmatisch „neutralen“, „parteilosen“, „unabhängigen“ und „unparteilichen“ Organe zurechnet (oder wie sie sich auf andere, aber ähnliche Weise charakterisierten)¹⁷. Insgesamt kommen auf diese Art und Weise für diese Gruppe 88 Zeitungen zusammen, das ist etwas mehr als die Hälfte des badischen Angebots.

16 Vgl. insgesamt die sehr skeptische Position Karl Christian FÜHRERS, Die Tageszeitung als wichtigstes Massenmedium der nationalsozialistischen Gesellschaft, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 55 (2007) S. 411–434, der letztlich alle „Angaben über Auflagen“ vor 1934 für „fragwürdig“ hält.

17 „Ohne Partei“, „parteilos“, „unparteilich“ und „unpolitisch“; zudem: „amtlich“ (zwei Zeitungen), „kurörtliche Interessen“ (1), „Lokalblatt“ (1), „Staatsanzeiger“ (1).

Etwas weniger als die Hälfte hielt mit einigermaßen eindeutigen Einschätzungen nicht zurück. Ganz klare Bekenntnisse gab es auf der Linken (sechs sozialdemokratische Zeitungen, ein kommunistisches Organ), beim Zentrum (34 Blätter) und bei der NSDAP (4). Der politischen Rechten wird man außerdem nicht nur die beiden Zeitungen zuordnen dürfen, die sich selbst so bezeichneten, sondern auch ein Organ des Badischen Landbunds, drei „nationale“ Blätter und wahrscheinlich auch sieben „bürgerliche“. Schmal war auch das rechtsliberale Segment mit vier Zeitungen¹⁸, viel breiter das linksliberale – immerhin 17 Zeitungen bezeichneten sich als „demokratisch“ (7), „liberal“ (9) oder „Staatspartei“ (1).

Interessant wird es nun, wenn man diesen Anteilen an den Zeitungszahlen die der jeweiligen Auflagen zuordnet. Völlig eindeutig, weil nur auf vorhandenen Angaben aufbauend, ist der Wert für die vier rechtsliberalen Blätter – sie waren enorm auflagenstark und sicherten sich so einen Anteil von 13,5 Prozent. Die 17 linksliberalen Zeitungen erreichten mit 14,5 Prozent nur wenig mehr. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass das Achtel der liberalen Zeitungen mehr als ein Viertel der Auflage aller Blätter auf sich vereinte, also deutlich überproportional vertreten war. Und noch gravierender war die Differenz auf der Linken. Die vier Prozent SPD- und KPD-Organen kamen auf einen Auflagenanteil von elf Prozent. Beim Zentrum und auf der Rechten entsprachen sich Zeitungs- und Auflagenanteile dagegen fast genau. Beim Zentrum betrug der jeweilige Anteil ungefähr zwanzig Prozent, bei der Rechten etwa zehn Prozent. Addiert man die bislang genannten Auflagenanteile, ergibt sich eine Summe von knapp 70 Prozent für den Bereich der sich eindeutig zu bestimmten politischen Positionen bekennenden Presse. Für die weitaus größere Zahl der davor zurückscheuenden Blätter bleibt nur ein deutlich unterproportionaler Anteil von wenig mehr als dreißig Prozent.

Daraus sind zwei eindeutige Befunde abzuleiten: Zum einen war das Gewicht der politischen Presse – gemessen an ihrer Auflage, nicht an der Zahl der Organe – weitaus höher als das der nichtpolitischen. Und zum anderen ist überdeutlich, dass die NSDAP auf diesem Feld einen schweren Stand hatte: Auf ihre Blätter im engeren Sinne entfiel noch nicht einmal jede zwanzigste Zeitung, und selbst wenn man alle sonstigen rechten Blätter hinzunimmt, kommt man nur auf jede zehnte. Es bleibt zwar das weite Feld der nichtpolitischen Blätter, aber andererseits muss man doch zur Kenntnis nehmen, dass mindestens 60 Prozent der Auflage von Zeitungen stammten, die dezidiert gegen die Nationalsozialisten eingestellt waren. Vor diesem Hintergrund überrascht nicht, dass die Nationalsozialisten Handlungsbedarf sahen. Verblüffen muss jedoch das Tempo, das sie vorlegten.

18 DVP, DVP-nahe, „national und liberal“ („Badische Presse“), „Mittelpartei“.

Badische Zeitungen und ihre Auflagen 1934

Die nächste Auflage des „Handbuchs der deutschen Tagespresse“ erschien 1934, ein gutes Jahr nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten. Nun wurde für Baden eine Gesamtzahl von 163 Zeitungen angegeben, einschließlich 23 Nebenausgaben. Lässt man auch in diesem Fall die – tatsächlich 28¹⁹ – Nebenausgaben unberücksichtigt und zieht auch noch drei nur einmal wöchentlich erscheinende Blätter ab, so bleibt eine Zeitungszahl von 132²⁰. Das bedeutet gegenüber 1932 einen Rückgang von 34 Zeitungen – 20 Prozent – unter den Hauptausgaben (aber von 62 Prozent unter den Nebenausgaben!). Tatsächlich war der Rückgang bei den Hauptausgaben sogar noch etwas stärker, weil zwischen den beiden Handbuch-Erhebungen vier Zeitungen in Baden neu erschienen: das „National-Echo“ in Bruchsal, die „Bodensee-Rundschau“ in Konstanz, die „Mannheimer Nachrichten“ und das „Echo der Zeit“ in Wehr.

Die badischen Zeitungen erschienen 1934 mit einer Gesamtauflage von 683.083 Stück, allerdings lagen trotz Meldepflicht von 13 Zeitungen keine Angaben vor²¹. Da sich im Verzeichnis die Zeitungen ohne Auflagenangabe ohne weiteres lokalisieren lassen, ist ihre Auflagenhöhe aufgrund mancher Angaben in älteren oder jüngeren Zeitungskatalogen näherungsweise gut abzuschätzen. Es handelte sich fast durchweg um kleinere und kleinste Blätter mit um die 1.000 Exemplare Auflage. Nur das „Durlacher Tageblatt“ dürfte höher gelegen haben; 1937 gab es 4.000 Exemplare an. Alles in allem wird man den realen Gegebenheiten sehr nahe kommen, wenn man für diese 13 Zeitungen noch einmal knapp 17.000 Exemplare Auflage veranschlagt, so dass als Ausgangszahl für 1934 von einer Gesamtauflage der badischen Zeitungen von rund 700.000 Stück auszugehen ist.

Diese Zahl erhält besonderes Gewicht, wenn man die Größe des Landes dazu in Bezug setzt. Das Handbuch vermeldet für das Land 2.413.324 Einwohner in 611.587 Haushalten²². Im Prinzip wurde damit noch immer jeder badische Haushalt von mindestens einer badischen Zeitung erreicht. Setzt man nur einmal die Zahl der genau bekannten Zeitungsauflage zur Zahl der Haushaltungen in Relation, so ergibt sich ein ‚Zeitungsüberschuss‘ von zwölf Prozent. Im Reich war das ein absoluter Spitzenwert, wenn man die Hansestädte und Berlin außer Betracht lässt. Berechnet man nach den Angaben des Handbuchs diesen Wert nämlich für andere Länder bzw. preußische Provinzen, so hat nur Württemberg noch

19 Im Handbuch der deutschen Tagespresse ⁵1934 (vgl. Anm. 3) wurden 26 badische Zeitungen als Nebenausgaben angegeben. Hinzuzuzählen sind noch der „Gaggenauer Anzeiger“ und der „Murgtälner“ (vgl. Anm. 15).

20 Aber auch dem Handbuch unterliefen Fehler. Die Mosbacher „Badische Neckarzeitung“ erschien definitiv bis Ende Januar 1936, wurde jedoch schon 1934 nicht mehr erfasst.

21 Handbuch 1934 (wie Anm. 19) S. 4.

22 Ebd.

mit vier Prozent einen Überschuss, alle anderen verzeichnen dagegen ein Defizit – von Bayern mit relativ geringen vier Prozent über die preußische Rheinprovinz mit zehn Prozent bis hin zu den Schlusslichtern Ostpreußen und Brandenburg mit 27 bzw. 30 Prozent.

Alles in allem war also auch 1934 die Versorgung mit Zeitungen noch sehr gut, obwohl sich die Situation seit 1932 deutlich verschlechtert hatte. Sowohl was die Zahl der Zeitungen als auch was die ihrer Auflage anging, hatten gerade die Badener einen Rückgang von jeweils rund 20 Prozent hinnehmen müssen. Vielleicht war er aber auch etwas geringer, wenn man bei der Auflage für 1932 einen niedrigeren Wert ansetzt. Ganz hinwegdiskutieren können wird man ihn aber nicht: Schließlich gab es eine ganze Reihe verbotener oder eingestellter Zeitungen mit beträchtlicher Auflagenhöhe.

Verbotene und eingestellte Zeitungen 1933

Am stärksten dürfte schon zeitgenössisch das Verbot aller kommunistischen und sozialdemokratischen Zeitungen wahrgenommen worden sein. Sie wurden schon im Vorfeld der Reichstagswahl vom 5. März 1933 ausgeschaltet. Insgesamt traf dieses Schicksal sieben Zeitungen: die Mannheimer kommunistische „Arbeiter-Zeitung“ sowie die sozialdemokratischen Blätter „Volkswacht“ (Freiburg), „Volkszeitung“ (Heidelberg), „Volksfreund“ (Karlsruhe), „Volksstimme“ (Mannheim), „Freie Presse“ (Pforzheim) und „Volkswille“ (Singen). Vier von ihnen hatten 1932 ihre Auflagen angegeben, bei den drei anderen lassen sie sich aufgrund früherer Angaben abschätzen. Insgesamt wird man ihre Auflage im Jahr 1932 mit 91.000 Exemplaren veranschlagen dürfen.

Quantitativ viel bedeutsamer war jedoch der Einschnitt in anderen Bereichen: Von den insgesamt weggefallenen 39 Zeitungen waren die sieben sozialdemokratischen bzw. kommunistischen nur eine Minderheit. Die Mehrheit ging aus ganz anderen Gründen unter. Allerdings war ihr Verschwinden in den allermeisten Fällen nur von lokaler Bedeutung. Eine größere Auflage hatte nur eine dieser Zeitungen: Die in Mannheim erscheinende traditionsreiche „Neue Badische Landeszeitung“ war 1932 noch in 13 Ausgaben wöchentlich mit einer Auflage von 30.000 Stück erschienen. Nach der „Machtergreifung“ waren das liberale Blatt und sein jüdischer Besitzer, Heinrich Gütermann, für die Nationalsozialisten nicht mehr tragbar. Am 28. Februar 1934 wurde die Zeitung eingestellt²³.

Alle anderen Zeitungen erschienen mit wesentlich geringeren Auflagen, soweit sie überhaupt gemeldet worden waren. Die Gründe müssten im Einzelnen erforscht werden. Nur selten liegen sie einigermaßen deutlich zu Tage: Die „Karlsruher Zeitung“ war als Badischer Staatsanzeiger überflüssig geworden;

23 <http://www.udo-leuschner.de/zeitungsgeschichte/spd/nblz.htm> (Zugriff 30. Juli 2012).

diese Funktion hatte der nationalsozialistische „Führer“ übernommen. Und wozu brauchte man noch die ebenfalls in Karlsruhe erscheinende deutschnationale „Badische Zeitung“, wenn es keine Deutschnationale Partei mehr gab? In den meisten andern Fällen werden dagegen die schlechte allgemeine Wirtschaftslage und nationalsozialistische Pressionen eine unheilvolle Verbindung eingegangen sein. Ohne sehr intensive Detailrecherchen lässt sich jedenfalls nur darüber spekulieren, was genau das Ende des 1929 gegründeten „Eschelbronner Lokalanzeigers“ bewirkte, der 1932 zwar mit drei Lokalausgaben erschien („Aglasterhauser Lokal-Anzeiger“, „Meckesheimer Lokalanzeiger“ und „Unterschwarzacher Lokal-Anzeiger“), es aber trotzdem nur auf eine Gesamtauflage von 1.500 Stück brachte. Ähnlich sieht es beim „Pfinztäler Boten“ in Grötzingen (Auflage 2.250), der „Hornberger Zeitung“ (keine Angabe zur Auflage) oder der „Schopfheimer Zeitung“ (keine Angabe zur Auflage) aus. Rein politische Gründe werden es nicht gewesen sein, denn alle diese Organe bezeichneten sich ausdrücklich als „neutral“ oder „parteilos“. Etwas anders dürfte es bei den – wenigen – Zeitungen gewesen sein, die sich zum Zentrum bekannt hatten, der Lörracher „Tagespost“ beispielsweise (Auflage 4000) oder der „Rastatter Zeitung“. Allerdings muss zum Parteibekennntnis noch anderes hinzugetreten sein, denn viele andere Zentrumsblätter überstanden diese Anfangsphase – noch.

Überhaupt wäre im Detail zu klären, wann genau diese Blätter ihr Erscheinen einstellten – möglicherweise war es ja schon vor der nationalsozialistischen „Machtergreifung“. Für Bayern wurde jedenfalls festgestellt, dass bereits 1932/33 65 von 544 Zeitungen schlossen, immerhin fast jede achte²⁴.

Unter der Annahme, dass sich Auflagengewinne und Auflageverluste gegenüber 1932 bei den 1934 noch existierenden Blättern ungefähr ausgeglichen haben mögen, lässt sich die Gesamtauflage der weggefallenen Zeitungen folgendermaßen überschlagen: Zur Gesamtauflage von 1932 in Höhe von 840.000 Stück ist die Auflage der neu hinzukommenden fünf Zeitungen in Höhe von etwa 35.000 Stück hinzuzurechnen und die Gesamtauflage von 1934 (700.000) abzuziehen. Der Auflagenverlust betrug danach 175.000 Stück. Mit 91.000 Stück entfiel davon jedoch etwas mehr als die Hälfte auf die sieben linken Blätter, mit 30.000 Stück zudem ein Sechstel auf die „Neue badische Landeszeitung“. In das verbliebene Drittel teilten sich insgesamt 31 Zeitungen. So sehr Politik bei ihrem Untergang mitgespielt haben mag: Wirtschaftlich gut fundiert dürften die wenigsten von ihnen gewesen sein.

Dies gilt auch mit dem Blick auf die drastisch reduzierte Zahl der Nebenausgaben. Ihr Rückgang war noch weitaus dramatischer. Allerdings ist auch er nur ansatzweise zu erklären. Nur zum Geringsten liegt er im Wegfall der Hauptaus-

24 Norbert FREI, Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern, Stuttgart 1980, S. 19.

gaben begründet; der genannte Fall des „Eschelbronner Lokal-Anzeigers“ (dem auch der der „Rastatter Zeitung“ zur Seite zu stellen wäre) bildet eine große Ausnahme. Ansonsten sind die Veränderungen nur bei Zeitungen festzustellen, die 1934 weiterhin erscheinen konnten – nun aber eben ohne Nebenausgaben. Vielleicht wurde politisch Druck auf sie ausgeübt; vielleicht hatten sich aber auch die in die Diversifizierung gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt. Sehr rentabel kann es jedenfalls nicht gewesen sein, wenn das „Buchener Volksblatt“ 1932 gleich drei Nebenausgaben herausbrachte („Bauländer Volksblatt“, „Erftaler Volksblatt“ und Mudauer „Volksblatt“) und trotzdem nur in einer Gesamtauflage von 2.500 Stück erschien. Wahrscheinlich war dies nur durch die Konkurrenzsituation bedingt, die sich daraus ergab, dass in Buchen auch noch „Der Odenwälder“ publiziert wurde, der gleich mit vier Nebenausgaben aufwartete („Boxberger Zeitung“, „Bauländer Zeitung“, „Mosbacher Zeitung“, „Tauber- und Schüpfergründer“) und auch nur insgesamt 2.000 Zeitungsexemplare verbreitete. Aber erklärt das auch, warum die „Badische Hardt“ in Graben (Auflage 3.000) ihre beiden Nebenausgaben („Neureuter Anzeiger“ und „Rheinsheimer Anzeiger“) oder der „Kastelberger Bote“ in Sulzburg die seinen („Heitersheimer Bote“ und „Krotzinger Anzeiger“) einstellte?

Auflagengewinner und Auflagenverlierer zwischen 1932 und 1934

Die Einstellung der Nebenausgaben wird, so ist zu vermuten, die Höhe der Zeitungsauflagen beeinträchtigt haben. Und tatsächlich hatte die Grabener „Badische Hardt“ einen Rückgang von 3.000 auf 1.930 Exemplare, also um mehr als ein Drittel zu verzeichnen. Über die Verhältnisse beim „Kastelberger Boten“ in Sulzburg kann man dagegen nur spekulieren. Sein Verleger füllte die Fragebogen des Handbuchs nie aus. Weil viele andere kleine Verleger ähnlich reagierten, sind die Auflagenveränderungen zwischen 1932 und 1934 nur zum Teil zu berechnen. Allerdings sind die zutage tretenden Trends ganz eindeutig: Die allermeisten Zeitungen hatten mit zum Teil drastischen Rückgängen zu kämpfen, ganz wenige konnten sich behaupten und noch weniger vermochten Zuwächse zu verzeichnen.

Aus der Fülle der Auflagenverlierer ragen ein paar großstädtische Blätter mit besonders großen Verlusten hervor. Am Härtesten hatte es die „Badische Presse“ in der Landeshauptstadt Karlsruhe getroffen. War zu der Angabe „54.000“ im Jahr 1932 noch stolz der Zusatz hinzugefügt worden „laut notarieller Beurkundung vom 21. 1. 1931 52.787 feste Bezieher“, war 1934 nur noch von einer Auflage von 35.200 Stück die Rede, und dies bei mittlerweile zwei Ausgaben, einer Stadt- und einer Land-Version. Auch hier muss ein Rückgang von rund einem Drittel existenzbedrohend gewesen sein.

Ähnlich sah es bei der bürgerlichen Konkurrenz der „Badischen Presse“, dem „Karlsruher Tagblatt“, aus: auch hier ein Rückgang von rund einem Drittel, allerdings bei wesentlich geringeren absoluten Zahlen, von 20.000 auf 13.000.

Nicht viel geringer waren die Einbrüche beim „Mannheimer Tageblatt“ aus (hier gab es einen Rückgang von 24.000 auf 16.800) und bei der „Neuen Mannheimer Zeitung“ (von 27.000 auf 21.000). Kräftiger waren sie dagegen beim „Heidelberger Tagblatt“ (von 25.000 auf 16.100) und bei der in Konstanz erscheinenden „Deutschen Bodensee-Zeitung“ (von 19.000 auf 11.228). Und kaum noch zu verkraften dürften sie beim wesentlich kleineren „Bruchsaler Boten“ gewesen sein, der statt 8.200 Exemplaren nur noch 3.035 verkaufen konnte.

Neben derartigen Zahlen nehmen sich Rückgänge um 1.000 oder 1.100 Stück auf den ersten Blick ziemlich harmlos aus. Berücksichtigt man dass, der in Ettlingen erscheinende „Badische Landsmann“ 1932 nur in 3.000 und das „Hockenheimer Tagblatt“ sogar nur mit 1.500 Exemplaren erschienen waren, sieht das ganz anders aus. Für das bescheidene Hockenheimer Blatt konnte es keine Zukunft mehr geben, zumal es in der kleinen, kaum 10.000 Einwohner zählenden Stadt auch noch eine Konkurrenzunternehmung gab, die „Hockenheimer Zeitung“, die nur einen fast ‚normalen‘ Rückgang von 1.700 auf 1.234 Exemplare zu verzeichnen hatte.

Ihre Auflagen völlig stabil halten (oder bestenfalls ganz leicht zu steigern) vermochten nur wenige Blätter: die Ladenburger „Neckar-Bergstraß-Post“ (2.300, +/- 0), die „Oberrheinische Zeitung“ in Rheinfelden (6.000, +/- 0), „Der Elztäler“ in Waldkirch (1.500, +/- 0), die „Südwestdeutsche Zeitung“ in Lörrach (5.600/5.720).

Ob man die „Weinheimer Nachrichten“ schon zu den großen Gewinnern zählen muss, weil sie sich um 1.000 Stück von 4.000 auf 5.000 verbesserte, ist fraglich. Auch der Fall des Karlsruher „Badischen Beobachters“ ist schwierig. Vordergründig verbesserte sich das ehemalige Zentralorgan des Badischen Zentrums zwar von 10.000 auf 16.200, eingerechnet wurde jedoch die Auflage der übernommenen „Rastatter Zeitung“. Die Auflage der Hauptausgabe wurde nur noch mit 9.200 beziffert. Vielleicht sah es nur beim ebenfalls in Karlsruhe erscheinenden „Generalanzeiger für Südwestdeutschland“ ganz anders aus. Hier hatte man eine Steigerung von 13.000 auf 23.900 zu verzeichnen.

Die absolute Spitzenposition nahm jedoch – wenig überraschend – eine NSDAP-Zeitung ein. Der Karlsruher „Führer“ meldete nun nicht mehr nur eine Auflage von 20.000, sondern eine von 35.832. Vielleicht war es beim Mannheimer „Hakenkreuzbanner“, der Heidelberger „Volksgemeinschaft“ und dem Freiburger „Alemannen“ ähnlich. Sicher kann dies aber nicht gesagt werden, weil 1932 keine Auflagenzahlen gemeldet worden waren.

Relativ gesehen gab es nur einen noch beeindruckenderen Fall. Das „Schwarzwälder Tagblatt“ in Furtwangen steigerte seine Auflage von 2.800 auf fast ungläubliche 10.000 Stück! Bei genauerer Betrachtung kommt allerdings auch hier ein nationalsozialistischer Hintergrund zum Vorschein. Hermann

Leitz, der Herausgeber, hatte sich schon 1927 oder 1928 zur Partei Hitlers bekannt. 1931 wurde die Zeitung dann von Gauleiter Robert Wagner zum gauamtlichen Organ erhoben. Nach außen hin – zumindest im Handbuch der Tagespresse von 1932 – firmierte das Blatt jedoch noch immer als „unabhängig und national“. Erst in der Ausgabe von 1934 wurde der parteiamtliche Status markiert. In den Besitz der Partei ging das Blatt dann am 1. März 1936 über; gleichzeitig wurde es von Furtwangen nach Villingen verlegt²⁵.

Der Befund ist damit eindeutig: Schon im ersten Jahr nach der nationalsozialistischen Machtergreifung hatte es die nichtnationalsozialistische Presse extrem schwer – sofern sie nicht schon sofort verboten worden war. Eine ganze Reihe Blätter musste aufgeben, die übrigen hatten in aller Regel mit drastischen Auflageneinbußen zu kämpfen. Gewinne hatten nur die nationalsozialistischen Organe zu verzeichnen. Ihre Größenordnung wird jedoch noch näher zu bestimmen sein.

Badische Zeitungen und ihre Auflagen 1937

Es spricht für sich, dass die 1937 herausgebrachte Neuauflage des Handbuchs der Tagespresse auf zusammenfassende Angaben analog zu früher weitgehend verzichtete. Im statistischen Teil beschränkte man sich darauf, für das Land Baden eine Gesamtzahl von 112 „Tageszeitungen“ zu nennen²⁶. Diese Zahl entspricht nicht ganz der der dann einzeln aufgezählten Blätter; genannt werden 113. Allerdings müssen dabei ein paar Abstriche gemacht werden. Als erstes sind die Neben- oder – wie sie im Falle des Freiburger „Alemannen“ genannt werden: – Bezirksausgaben abzuziehen, insgesamt 28 Stück. Außerdem wurden – vielleicht um den für die letzten drei Jahre zu verzeichnenden Einbruch etwas zu verschleiern – nun insgesamt acht Periodika aufgeführt, die 1934 fehlten, obwohl sie damals schon bestanden hatten. Aufgeführt wurden nun auf einmal Publikationen wie der 1926 gegründete „Gemeinde-Anzeiger für Kuppenheim und Umgebung“, der nur einmal wöchentlich mit einer Auflage von 300 Stück erschien, oder das 1932 gegründete „Nachrichtenblatt mit amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Schiltach und Lehengericht“, ebenfalls nur einmal wöchentlich vertrieben mit einer Auflage von 754 Exemplaren. Von deutlich größerer Auflage war nur die 1925 gegründete „Rundschau für die Stadt Rheinfelden (Baden) und Umgebung“ mit 2.800 Stück; aber auch die „Rundschau“ erschien nur einmal wöchentlich. Da definitionsgemäß einmal wöchentliches Erscheinen nicht ausreicht, um als „Tageszeitung“ klassifiziert zu werden, müssen alle diese acht Nennungen unberücksichtigt bleiben. Die Zahl der badischen

25 Vgl. zu Furtwangen: Bernhard UTTENWEILER, *Lebendige Zeitungslandschaft. Die erste Furtwanger Lokalzeitung wurde 1875 aufgelegt*, in: Ludger BECKMANN u. a. (Hg.), *Furtwangen 1873–1948. Beiträge zur Geschichte einer Stadt im Schwarzwald*, Bd. 2, Furtwangen 2009, S. 539 f.

26 *Handbuch der deutschen Tagespresse*, Leipzig, Frankfurt/M 1937, S. XXI.

Tageszeitungen im Jahr 1937 reduziert sich damit auf 77. 1934 waren es noch 132 gewesen. Das ergibt einen Rückgang um 55 (das heißt von 42 Prozent) in diesen drei Jahren!

Nicht ganz so dramatisch war der Rückgang der Gesamtauflage. Aus den Detailangaben ist für Ende 1936 ein Wert von 569.022 Exemplaren zu berechnen. Allerdings wurden auch 1937 nicht für alle Blätter Auflagenzahlen gemeldet. Es handelte sich jedoch nur noch um vier winzige Publikationen, die gemeinsam vielleicht mit 2.000 Exemplaren vertrieben wurden. Der Einfachheit halber sei die Gesamtauflage mit rund 570.000 Exemplaren veranschlagt. Das ergibt gegenüber 1934 einen Rückgang in der Gesamtbilanz von 130.000 Exemplaren. Die acht hier nicht weiter zu berücksichtigenden Wochenblätter hatten alle detailliert ihre Auflage gemeldet. In der Summe kamen sie auf genau 9.198 Exemplare. Sie sind bei der Gesamtauflage von 1936 abzuziehen, was die Differenz zu 1934 entsprechend vergrößert. Die Differenz in der Gesamtbilanz beträgt damit 55 Zeitungen mit 140.000 Exemplaren Auflage²⁷. Bezogen auf die Ausgangszahlen heißt dies: Zwischen 1934 und 1937 war fast jede zweite badische Zeitung (43 Prozent) weggefallen und die Gesamtauflage war um 20 Prozent gesunken. An neuen Titeln war nur das zweimal wöchentlich erscheinende „Eutinger Gemeindeblatt“ hinzugekommen.

Eine andere, noch offiziellere Quelle meldet leicht abweichende Zahlen, die die Differenzen sogar leicht vergrößern. Das einzige während der NS-Herrschaft erschienene „Statistische Jahrbuch für das Land Baden“ behandelt auch knapp die Zeitungen des Landes²⁸. Leider werden sie nicht im Einzelnen aufgezählt, so dass nicht festzustellen ist, wie man auf die Summe von 79 Blättern kam. Interessanter dürfte jedoch sein, dass trotz der leicht erhöhten Zeitungszahl die Auflagenhöhe deutlich niedriger war als die aus den Handbuch-Angaben errechnete. Das Statistische Landesamt meldete nur 537.318 Exemplare – das ist ein Minus von rund fünf Prozent gegenüber dem errechneten Wert. Und noch interessanter ist, dass ausdrücklich zwischen „Druckauflage“ und „bezahlter Auflage“ unterschieden wurde. Die „bezahlte Auflage“, also ohne Beleg- oder Werbeexemplare und Remittenden, betrug nur 470.668 Stück, fast genau 12,5 Prozent (oder ein Achtel) weniger als die Druckauflage.

Leider liefert das Statistische Jahrbuch keinen neueren Wert für die Zahl der badischen Haushalte; es beschränkt sich auf die bereits genannte Angabe von der Volkszählung 1933²⁹. Nimmt man sie als Bezugspunkt zur Berechnung für

27 Dagegen bei HALE (wie Anm. 1) S. 219, nur 55; so auch bei Johannes BINKOWSKI, Die Diktatur des Nationalsozialismus. Die Presse in Baden-Württemberg 1933–1945, in: Von der Preßfreiheit zur Pressefreiheit. Südwestdeutsche Zeitungsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 1983, S. 165; wohl übernommen.

28 Statistisches Jahrbuch für das Land Baden 44 (1938), S. 349.

29 Ebd., S. 10.

die Versorgungsquote, der nun die offizielle Verkaufszahl zugrunde gelegt werden kann, so zeigt sich, dass Ende 1936 statistisch gesehen drei Viertel der badischen Haushalte von einer badischen Tageszeitung erreicht wurden.

Die Amann-Anordnungen und ihre Auswirkungen in Baden

Die erste „Säuberung“ der deutschen Presse durch die Nationalsozialisten war im Frühjahr 1933 durch das Verbot der kommunistischen und sozialdemokratischen Blätter erfolgt. Zentrumsorgane waren weitgehend verschont geblieben: Die nationalsozialistische Macht war noch nicht richtig gefestigt und zudem wäre die NS-Presse völlig überfordert gewesen, alleine eine entsprechende Nachrichtenversorgung der Bevölkerung sicher zu stellen. Bis Ende 1934 hatte sich beides deutlich verändert. Die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten erreichte mit dem Tod Hindenburgs einen gewissen Schlusspunkt. Hitler war nun „Führer und Reichskanzler“ und die Wehrmacht auf ihn vereidigt. Gleichzeitig war die NS-Gaupresse zielstrebig ausgebaut worden. Damit konnte auch im Zeitungsbereich zum Schlag gegen die bislang noch verschonte Zentrums- und weitere bürgerliche Blätter ausgeholt werden.

Anders als gegen sozialdemokratische und kommunistische Blätter wurden nun keine direkten Verbote ausgesprochen. Das Werkzeug bildeten stattdessen drei eher unscheinbare Anordnungen, die der Präsident der Reichspressekammer, Max Amann, am 25. April 1935 im „Völkischen Beobachter“ veröffentlichten ließ³⁰. Ihre Grundlage bildete § 25 der Ersten Verordnung zur Durchführung des Reichskulturkammergesetzes vom 1. November 1933³¹, der der Reichskulturkammer und ihren Einzelkammern das Recht zuwies, *Bedingungen für den Betrieb, die Eröffnung und die Schließung von Unternehmungen auf dem Gebiete ihrer Zuständigkeit fest[zusetzen]*. Von Amanns Stabsleiter Rolf Rienhardt sorgfältig ausgearbeitet – in der Forschung sogar als sein „Meisterstück“ apostrophiert³² –, war die Sprengkraft des Gemeintem nicht auf den ersten Blick offensichtlich. Ein Stück weit konnte sie sich hinter gleichsam Selbstverständlichem verbergen und fiel erst bei genauerer Lektüre ins Auge. Die erste Anordnung *zur Beseitigung der Skandalpresse* musste bei einfacheren Gemütern ohne weiteres Zustimmung finden: War es nicht richtig, Zeitungsverleger an ihrer Tätigkeit zu hindern, wenn ihre Zeitungen *über Geschehnisse in einer Form berichten, die der Bedeutung für die Öffentlichkeit nicht entspricht und die geeignet ist, Anstoß zu erregen oder der Würde der Presse zu schaden?*³³ Und vielleicht noch überzeugender war die zweite Anordnung *über*

30 Vgl. zum Folgenden: HALE (wie Anm. 1) S. 153 ff., sowie Konrad DUSSEL, Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert, Münster 2011, S. 172 ff.

31 Reichsgesetzblatt I 1933, S. 797 f.

32 HALE (wie Anm. 1) S. 158.

33 Die Texte der drei Anordnungen bei DUSSEL (wie Anm. 30) S. 173–175, sowie bei SÖSEMANN (wie Anm. 5) S. 320–326.

Schließung von Zeitungsverlagen zwecks Beseitigung ungesunder Wettbewerbsverhältnisse. Man konnte zwar darüber streiten, ob es wirklich Sache des Staates war, in bestimmten Fällen zur *Herbeiführung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse einzelne Verlage* zu schließen, aber letztlich war nicht zu bezweifeln, dass die Wirtschaftslage des hochgradig zersplitterten deutschen Zeitungswesens nicht gerade rosig war. Die Pointe der Anordnung lag zudem nicht in diesem Schließungsrecht. Viel wichtiger für Amann und seinen Stabsleiter war das fast beiläufig Formulierte: *Zur Gewinnung von Unterlagen können die Verlage einer Prüfung unterzogen werden; den von mir [d. h. von Amann] mit der Vornahme von Prüfungen beauftragten Stellen ist jeder Einblick zu gewähren.* Zweifellos entsprang diese Forderung einer gewissen Sachlogik: Sollten wirklich die wirtschaftlich schwächsten Verlage in bestimmten, von mehreren Konkurrenten umkämpften Regionen eliminiert werden, bedurfte es genauer einschlägiger Kenntnisse. Allerdings konnten die dabei gewonnenen Ergebnisse auch einfach nur im Sinne der Nationalsozialisten genutzt werden.

Die dritte, wesentliche umfangreichere Anordnung, war von ganz anderer Machart. Der *Wahrung der Unabhängigkeit des Zeitungswesens* verschrieben, verschleierte sie zunächst, worum es ihr eigentlich geht. Der ausführliche Artikel I fragte nach den Berechtigten an den Verlagen (für die dann auch gleich der *Nachweis der arischen Abstammung bis zum Jahre 1800 zurück* zu erbringen war), der noch viel ausführlichere Artikel II suchte dann die Tätigkeit des Zeitungsverlegens auf natürliche Personen zu beschränken. Worum es der Anordnung aber im Wesentlichen ging, wurde erst im knappen Artikel IV genannt: *Zeitungen dürfen nach ihrer inhaltlichen Gestaltung nicht auf einen konfessionell [...] bestimmten oder bestimmbaren Personenkreis abgestellt sein. Ein Verstoß hiergegen hat den Ausschluß des Zeitungsverlegers aus der Reichspressekammer zur Folge.* Damit war klar: Das Ende der katholisch orientierten Zentrumspresse war gekommen. Dass nach dem *konfessionell* auch noch *beruflich oder interessenmäßig* angefügt wurde, war daneben reine Kosmetik.

Während sozialdemokratische und kommunistische Blätter sofort verboten worden waren, gewährte man den Zentrumsblättern eine gewisse Gnadenfrist. Sie erhielten eine letzte Chance, sich ganz dem Nationalsozialismus zu unterwerfen. Viel Zeit blieb ihnen dazu allerdings nicht. Die Frist war auf 90 Tage begrenzt³⁴. War dann kein völliges Einschnwenken auf die NS-Linie erfolgt, ließ das Verbotsschreiben aus Berlin nicht lange auf sich warten. Leider sind Belege hierfür nur sehr selten erhalten; für Baden sind keine bekannt. Höchstwahrscheinlich werden sie aber dem Brief entsprochen haben, den Dr. Johannes Kirsch, der Verleger des „Beobachter am Main“ im bayerischen Aschaffenburg im Oktober 1935 aus Berlin als „Einschreiben mit Rückschein“ erhielt. Ohne Anrede hieß es da: *Aufgrund des § 10 der Ersten Verordnung zur Durchführung*

34 HALE (wie Anm. 1) S. 177.

des Reichskulturkammergesetzes vom 1.11.33 (RGBl. I/1933 Seite 797 ff) schliesse ich die Firma Dr. Johannes Kirsch, Buchdruckerei und Verlagsanstalten A.-G., Verlag des „Beobachter am Main“ wegen mangelnder Zuverlässigkeit und Eignung mit sofortiger Wirkung aus der Reichspressekammer aus und untersage Ihnen die weitere Tätigkeit als Zeitungsverleger. Die daran anschließende knapp zweiseitige Begründung gipfelte in der durch Unterstreichung hervorgehobenen Feststellung: Die in ihrer Zeitung zum Ausdruck gekommene Grundhaltung dem Nationalsozialismus gegenüber gibt zu erkennen, dass die hinter Ihrer Aktiengesellschaft stehende Familie Kirsch unfähig ist, den Leserkreis in nationalsozialistischem Sinne zu beeinflussen. Die Schlussfolgerung war deshalb nur konsequent: Es erscheint untragbar, dass Ihrer Aktiengesellschaft noch weiterhin Gelegenheit gegeben wird, an der öffentlichen Meinungsbildung mitzuarbeiten. Die Herausgabe des „Beobachter am Main“ durch Ihre Familien-Aktiengesellschaft hat deshalb zu unterbleiben³⁵.

Insgesamt fielen dieser Aktion 21 Zentrumszeitungen zum Opfer, von denen 20 im Jahr 1934 noch eine Gesamtauflage von 67.073 Stück gemeldet hatten. Die meisten davon waren nur kleinere und kleinste Blätter wie das „Tagblatt vom Oberrhein“ aus Waldshut (Auflage 400), das „Mosbacher Volksblatt“ (1.275) oder der Donaueschinger „Donaubote“ (2.400). Allerdings gab es auch Ausnahmen. Der in Bühl erscheinende „Acher- und Bühler Bote“ hatte eine Auflage von 9.500 Exemplaren besessen und das frühere Karlsruher Zentralblatt der Zentrumspartei, der „Badische Beobachter“ sogar eine von 16.200.

Aber nicht nur Zentrumsblätter fielen den Amann-Anordnungen zum Opfer. Selbst in Baden waren es in der Mehrzahl andere, bürgerliche Blätter. Von ihrer Auflage her waren drei besonders wichtig: Das früher einmal liberale „Heidelberger Tagblatt“ besaß 1934 noch eine Auflage von 16.100 Stück und der in Karlsruhe erscheinende „Generalanzeiger für Südwestdeutschland“ gar von 23.900. Und auch das ehemals dezidiert rechtsliberale „Karlsruher Tagblatt“ (13.000) hatte sich nicht halten können. Fast alle übrigen bewegten sich dagegen in der Spanne zwischen 500 und 2.000 – wie der „Heddesheimer Anzeiger“ (650), die „Oberländer Zeitung“ aus Singen (1.200) oder die „Badische Hardt“ aus Graben (1.930).

Die Verluste waren damit in Baden nach Bayern und vor anderen katholischen Gebieten am größten. In der Einschätzung des Gesamtumfangs bestehen jedoch erhebliche Unterschiede. Während Hale eine Gesamtzahl von 421 Ausfällen für 1935/36 berechnet (einschließlich von 55 für Baden, wie hier), aber

35 Peter KÖRNER / Werner KRÄMER, Die Republik kapituliert vor dem Terror. Aschaffenburg Zeitungen zwischen 1918 und 1945, in: Helmut TEUFEL / Klaus EYMANN (Hg.), Von Tag zu Tag. Zeitungsgeschichte und Zeitgeschehen am bayerischen Untermain. Zum 50. Jahrestag der Lizenzierung des „Main-Echos“ am 24. November 1945, Aschaffenburg 1995, S. 170 (Kopie des gesamten Schreibens im Besitz des Autors). Ein weiteres Beispiel – zu den „Bremer Nachrichten“ – in HALE (wie Anm. 1) S. 214.

davon ausgeht, dass Neugründungen, „wenn überhaupt, nur in geringfügigem Maße erfolgt sein“ dürften³⁶, kommt Schmidt auf 504, verweist jedoch auf 108 gleichzeitige Zugänge³⁷.

Die Entwicklung der badischen NS-Presse

Hauptnutznießer der Amann-Verordnungen war die direkte NS-Presse um das Zentralorgan des Gaus herum, den seit 1927 in Karlsruhe erscheinenden „Führer. Kampfblatt für nationalsozialistische Politik und deutsche Kultur“. Aus ihm heraus waren 1931 verschiedene ‚Ableger‘ entstanden: der „Alemanne“ in Freiburg, die „Volksgemeinschaft“ in Heidelberg und das „Hakenkreuzbanner“ in Mannheim mit jeweils zum Teil mehreren Nebenausgaben. Als an diesen Kern „angeschlossen“ wurden 1934 zudem mehrere andere Parteizeitungen bezeichnet: das „Schwarzwälder Tagblatt“ in Furtwangen, die „Bodensee-Rundschau“ in Konstanz und der „Pforzheimer Anzeiger“. Überraschenderweise folgte dann als Gesamtauflagenzahl: „Badische NS-Presse: 173.844“³⁸. Woraus diese Summe gebildet wurde, ist nämlich nicht nachzuvollziehen: Adiiert man nur die Werte der fünf „angeschlossenen“ Zeitungen, erhält man den Wert 157.144, bleibt also deutlich darunter; nimmt man auch noch den „Führer“ mit 60.000 Exemplaren hinzu, liegt das Ergebnis mit 217.144 Stück deutlich darüber. Und schließlich wäre auch noch der in Waldshut erscheinende „Alb-Bote“ als parteiamtlich anerkannt markierte „nationalsozialistische Tageszeitung“ mit einer Auflage von 5.260 Stück hinzuzunehmen. Alles in allem ergibt sich daraus eine Gesamtauflage der direkten Parteipresse für 1934 von 222.404 Stück – bezogen auf die Gesamtauflage aller badischen Zeitungen ein Anteil von knapp 32 Prozent.

Bis 1937 wuchs dieser Anteil erheblich. Für jenes Jahr ist eine Gesamtauflage der genannten NS-Zeitungen von 281.118 Stück zu berechnen. Weil die Gesamtauflage aller badischen Zeitungen gleichzeitig nur noch, wie bereits dargelegt, mit 560.000 Stück zu veranschlagen ist, machte der Anteil direkter NS-Zeitungen nun rund die Hälfte aus. Auf der einen Seite ist das durchaus beeindruckend, auf der anderen darf jedoch nicht übersehen werden, dass es den NS-Zeitungen nicht gelungen war, die Leser der weggefallenen Zeitungen ganz für sich zu gewinnen. In der Summe bleibt ein erheblicher Rückgang, der selbstverständlich aufgrund verschiedener Wandlungsmöglichkeiten der Leserschaft nicht genauer zu beziffern ist.

Die Zugewinne der acht nationalsozialistischen Zeitungen fielen ganz unterschiedlich aus. Nimmt man den Durchschnittswert von rund 25 Prozent als Maßstab, entwickelten sich fünf Blätter überdurchschnittlich, während drei sich

36 HALE (wie Anm. 1) S. 219.

37 SCHMIDT (wie Anm. 1) S. 159.

38 Handbuch 1934 (wie Anm. 19) S. 9.

mit vergleichsweise geringen Zuwächsen begnügen mussten. Den höchsten Zuwachs konnte das „Schwarzwälder Tagblatt“ für sich verbuchen, das 1936 von Furtwangen nach Villingen verlegt worden war. War seine Auflage für 1934 noch mit pauschal 10.000 Exemplaren angegeben worden, so waren es 1937 genau 14.432 – ein stolzes Wachstum um 44 Prozent. Wenn man genauer hinsieht, ist es jedoch nicht ganz so beeindruckend und belegt im Detail den eben angesprochenen Gesamtbefund, dass die Auflagen der weggefallenen Zeitungen nicht ganz hatten übernommen werden können: Die beiden traditionsreichen Donaueschinger Blätter „Donaubote“ und „Donaueschinger Tagblatt“ waren 1932 mit einer Auflage von 2.800 bzw. 5.000 Stück erschienen (in Donaueschingen gab es nun eine Nebenausgabe des „Tagblatts“, für die allerdings keine gesonderte Angabe zur Auflage gemacht wurde) und für die „Furtwanger Nachrichten“ wird man noch einmal rund 1.500 Exemplare kalkulieren dürfen. Alles in allem war das eine Gesamtauflage von 9–10.000 Exemplaren vor 1933, denen nach 1936 nur noch 4–5.000 gegenüberstanden.

Prozentual nicht ganz so deutlich, in absoluten Zahlen aber wesentlich höher fiel das Wachstum des Karlsruher „Führer“ aus. Statt 60.000 Exemplaren 1934 wurden für 1937 genau 81.282 genannt, eine Zunahme von 35 Prozent. Nur die Hälfte davon wurde in Karlsruhe vertrieben, die zweite Hälfte verteilte sich auf drei Nebenausgaben. Nach wie vor gab es eine Offenburger Ausgabe; die 1934 in Baden-Baden erschienene Ausgabe war 1937 nach Rastatt verlegt worden und schließlich war noch eine Ausgabe für Bruchsal hinzugekommen. Auch das Mannheimer „Hakenkreuzbanner“ hatte sich stark verbessern können, um 37 Prozent von 36.000 auf 49.458 Exemplare. Wie beim „Schwarzwälder Tagblatt“ geschah dies aber ebenfalls nicht über das Wachstum der Kernaussgabe, sondern durch die Hinzunahme von Nebenausgaben. In Schwetzingen hatte man den bisherigen Besitzer der „Schwetzinger Zeitung“ ausschalten können³⁹ und in Weinheim konnte eine Nebenausgabe etabliert werden, nachdem die bisherigen lokalen Konkurrenten hatten fusionieren müssen. Ähnlich sah es bei der Heidelberger „Volksgemeinschaft“ aus: Ihr Zugewinn von 30 Prozent (von 20.500 auf 26.653) ging ebenfalls zumindest zum Teil auf den Zuerwerb einer Zeitung und die Umformung in eine neue Nebenausgabe zurück. Zu den Nebenausgaben für Mosbach, Sinsheim und Tauberbischofsheim war nun noch eine für Buchen hinzugegetreten. Leider wurde durchweg auf Detail-Auflagenzahlen verzichtet.

Vor dem Hintergrund der bislang berichteten Fälle ist die Entwicklung des Waldshuter „Alb-Boten“ umso auffallender: Das verhältnismäßig kleine südbadische Blatt verbesserte sich um 33 Prozent von 5.260 auf 7001 (!) Exemplare, ohne dass eine Nebenausgabe hinzugekommen wäre. Selbstverständlich war eine lokale Konkurrenz, das katholische „Tagblatt vom Oberrhein“, weggefal-

39 Frank-Uwe BETZ, Wie die Nazis gegen Verleger Moch hetzten (http://rhein-neckar.verdi.de/geschichten/schwetzinger_zeitung; Zugriff 28. Juli 2012).

len, aber dieses hatte schon 1934 nur noch eine Auflage von 400 Exemplaren zu verzeichnen gehabt. Stattdessen war sogar eine nationalsozialistische Alternative hinzugekommen, eine Nebenausgabe des Freiburger „Alemannen“, die mit 6.500 Exemplaren vertrieben wurde.

Obwohl sich die Freiburger NS-Zeitung nicht nur nach Waldshut verbreitet hatte, sondern eine Nebenausgabe „Nord“, eine Nebenausgabe „Ost“ und neben der Nebenausgabe „Süd-Waldshut“ auch noch eine Nebenausgabe „Süd-Lörrach“ gegründet hatte, war die Gesamtauflage nur unterdurchschnittlich um 20 Prozent von 36.000 auf 43.000 Exemplare gewachsen. Mit zusammen 24.100 Exemplaren wurden zudem deutlich mehr Zeitungen über die Nebenausgaben abgesetzt als über die Freiburger Hauptausgabe.

Noch kritischer war die Situation der Konstanzer „Bodensee-Rundschau“. Rechnerisch ergab sich zwar eine Auflagensteigerung um 12 Prozent von 22.000 auf 24.698 Stück, berücksichtigt man jedoch, dass zu ihren bisherigen beiden Nebenausgaben für Singen und Überlingen noch eine dritte für Radolfzell hinzukam, so muss insgesamt von einer gewissen Stagnation ausgegangen werden. Die „Bodensee-Rundschau“ befand sich in scharfer Konkurrenz zur „Deutschen Bodensee-Zeitung“ und konnte sich nicht so recht durchsetzen. Und ähnlich sah es beim „Pforzheimer Anzeiger“ aus. Auch er konnte sich nur leicht von 32.644 auf 34.594 Exemplare verbessern d.h. um sechs Prozent. Auch in Pforzheim gab es eine gewisse lokale Konkurrenz (in diesem Falle die „Pforzheimer Rundschau“) und im württembergischen Umland konnte die badische Zeitung keine Nebenausgaben platzieren.

Schließlich erscheint noch eine letzte Beobachtung erwähnenswert. Die Nationalsozialisten hielten die Zahl ihrer Parteiorgane begrenzt, setzten mehr auf Auflagensteigerungen bestehender Blätter als auf Zuwächse durch Neugründungen. Als Neugründung kann eigentlich nur ihre Konstanzer „Bodensee-Rundschau“ betrachtet werden. Drei weitere Neugründungen, die anscheinend von der neuen Linie profitieren wollten, blieben schnell auf der Strecke⁴⁰.

Alles in allem ergibt sich ein eindeutiger Befund: Die Auflagen-Zuwächse der direkten NS-Presse waren an sich bescheiden. Gewinne ergaben sich nur aus der Gründung von Nebenausgaben, die wiederum der Ausschaltung der Konkurrenz als Voraussetzung bedurften. Den Nationalsozialisten gelang es Mitte der 1930er Jahre nicht, über den Stand, den sie bereits 1934 erreicht hatten, breitflächig in das Reservoir jener Leser einzubrechen, die sich bis dahin des Kaufs dieser Zeitungen enthalten hatten. Sie mussten konstatieren, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung entweder gar keine Zeitung mehr kaufte oder nach wie vor zu anderen Zeitungen griff. Deshalb war es für sie unabdingbar, auch diese Zeitungen zu kontrollieren. Dies geschah zum einen auf der inhaltlichen Ebene mittels eines umfassenden Netzes von Presseanweisungen. Zum

40 „National-Echo“ in Bruchsal, „Mannheimer Nachrichten“ und „Echo der Zeit“ in Wehr.

anderen erfolgte aber auch eine hintergründige Form der Einflussnahme über die Verlegerenebene. Immer mehr bürgerliche Zeitungen gelangten in nationalsozialistische Hände, ohne dass sie deshalb zu direkten Parteiblättern umgeformt wurden. Neben das „gewissermaßen im SA-Marschritt mit genagelten Stiefeln schwer einher stampfende und nach Bedarf wild dreinschlagende offizielle Gaublatt“ traten damit die „in leichten Halbschuhen einher schlendern- den“ indirekten Parteizeitungen, wie dies schon früh in einem sehr anschaulichen Bild textlich (und auch grafisch) verdeutlicht wurde⁴¹.

Verdeckte Nazifizierung

Das Druckmittel, mit dem sich die Nationalsozialisten den für sie wichtigen Einfluss auf die bürgerliche Presse besorgten, bildeten wiederum die drei Anweisungen, die der Präsident der Reichspressekammer im April 1935 erlassen hatte, die bereits behandelten sogenannten „Amann-Anordnungen“.

Leider ist die Quellenlage zu schlecht, um wirklich alle Details der wirtschaftlichen Übernahme bei vielen badischen Zeitungen aufdecken zu können. Das Vorhandene ist jedoch ausreichend genug, um ein düsteres Bild zu zeichnen. Wie systematisch die Nationalsozialisten vorgehen, zeigt bereits der Blick auf die acht größten der 1937 noch erscheinenden nicht direkt nationalsozialistischen Zeitungen, die damals immerhin eine Auflage von 132.162 Stück verbreiteten, d. h. fast die Hälfte der Auflage aller nicht direkt nationalsozialistischen Zeitungen (und ein knappes Viertel der Gesamtauflage).

Allein drei dieser acht Zeitungen erschienen in Mannheim. Allerdings sollte es nicht lange so bleiben. Die frühere Zentrumszeitung „Neues Mannheimer Volksblatt“ ging „hinter den Kulissen in Besitz der NSDAP“ über, genauso das für das „unpolitische Bürgertum“ geschaffene „Mannheimer Tageblatt“, das sich seit 1923 überwiegend im Besitz des Ludwigshafener Waldkirch-Verlags befand. Beide wurden am 16. Oktober 1937 zum „Neuen Mannheimer Tageblatt“ fusioniert. 1939 wurde dieses der „Neuen Mannheimer Zeitung“ einverleibt⁴². Für die nächsten Jahre gab es nur noch den vordergründigen Dualismus zwischen direkt nationalsozialistischem „Hakenkreuzbanner“ und verdeckt nationalsozialistischer „Neuer Mannheimer Zeitung“ – die „Neue Mannheimer Zeitung“ war im Totalbesitz der Vera-Verlagsanstalt, einer hundertprozentigen Tochter des Eher-Verlags⁴³.

Dasselbe Schicksal hatte auch die auflagenstärkste badische Zeitung erfahren, die in Karlsruhe erscheinende „Badische Presse“. Ihr Besitzer, die Grenzmark-Druckerei und Verlag GmbH, wanderte über die Vera-Verlagsanstalt zur Herold Verlagsanstalt, einer anderen hundertprozentigen Tochter des Eher-

41 SCHMIDT (wie Anm. 1) S. 75 f.

42 www.udo-leuschner.de/zeitungsgeschichte/mm/frame.htm (Zugriff: 28. Juli 2012).

43 SCHMIDT (wie Anm. 1) S. 78.

Verlags weiter⁴⁴. Wie in Mannheim gab es auch in Karlsruhe nur noch eine vordergründige Alternative, in diesem Falle zwischen „Führer“ und „Badischer Presse“.

Dasselbe Muster zeigten die Verhältnisse in Konstanz. Weil die Nationalsozialisten einsahen, dass es ihnen nicht gelingen würde, mit ihrer 1932 gegründeten „Bodensee-Rundschau“ breitere katholische Schichten für sich zu gewinnen, wurde das frühere Zentrums-Blatt „Deutsche Bodensee-Zeitung“ am Leben erhalten. Nach der inhaltlichen Selbst-Gleichschaltung und dem Austausch der Redakteure bildete der Kauf der Verlagsrechte durch die Phönix GmbH, eine weitere Tochter des Eher-Verlags, im September 1936 nur den Schlusspunkt der mehr oder minder verdeckten Übernahme der Konkurrenz⁴⁵.

Gewisse leichte Abweichungen duldeten die Nationalsozialisten nur in Heidelberg und Freiburg. In Heidelberg hatten sie sich nur darauf beschränkt, zum ersten zum Jahresende 1935 den traditionsreichen „Pfälzer Boten“, das Zentrumsblatt, das seit 1933 als „Heidelberger Volksblatt“ firmiert hatte, still zu legen. Zum zweiten folgte am 14. Mai 1937 das Verbot des „Heidelberger Tageblatts“. Der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ standen danach (bis zum 31. August 1944) nur noch die „Heidelberger Neuesten Nachrichten“ gegenüber, ein schon während der Weimarer Republik extrem konservatives Blatt, das anscheinend keiner weiteren Gleichschaltung mehr bedurfte.

Eine Ausnahme bildete schließlich nur die Stadt Freiburg. Auch hier stand nach der ‚Machtergreifung‘ der nationalsozialistische „Alemanne“ ganz im Vordergrund. Daneben gab es für die Leser jedoch noch jahrelang zwei Alternativen. Die eine bildete die seit 1784 erscheinende „Freiburger Zeitung“, die man wie die „Badische Presse“ in Karlsruhe und die „Neue Mannheimer Zeitung“ in den Besitz der Vera Verlagsanstalt gebracht hatte⁴⁶. Daneben erschien 1937 aber noch immer auch die „Freiburger Tagespost“, ein altes Zentrumsblatt, wenn auch mit gegenüber 1934 deutlich reduzierter Auflage.

Die Bedeutung der für 1937 verbleibenden 60 nicht-nationalsozialistischen Zeitungen wird allein schon durch den Blick auf ihre gemeinsame Auflage relativiert. Sie lieferten gemeinsam nur rund ein Viertel der Gesamtauflage aller badischen Zeitungen. Daraus darf jedoch nicht der Schluss gezogen werden, sie hätten bei den Nationalsozialisten keine Beachtung gefunden. Stärker als bei den größeren Zeitungen durchdrangen sich in ihrem Falle jedoch politische und ökonomische Erwägungen, die auf eine Stärkung der ökonomischen Basis durch Zusammenlegung kleinerer Einheiten hinauslief. Ansätze in dieser Rich-

44 Ebd. und S. 58; Thomas TAVERNARO, *Der Verlag Hitlers und der NSDAP. Die Franz Eher Nachfolger GmbH*, Wien 2004, S. 73.

45 Michael GEIGGES, *Die Deutsche Bodensee-Zeitung. Versuch einer katholischen Zeitung, im Dritten Reich zu überleben*, Konstanz 1986, S. 135.

46 SCHMIDT (wie Anm. 1) S. 58 und S. 78.

tung hatte es bereits in der Weimarer Republik gegeben. Die Bildung der Verbo-Gruppe im südlichen Württemberg und mit ein paar Ablegern im südlichen Baden war ein Beispiel dafür gewesen. Insgesamt 32 kleine Verlage hatten sich zusammengeschlossen und in Friedrichshafen eine zentrale moderne Druckerei errichtet. Über die Phönix GmbH wurde die Verbo von den Nationalsozialisten übernommen, die Anteile aber offiziell in der „Oberschwäbischen Verlagsanstalt GmbH“ zusammengefasst⁴⁷. Aus Baden waren davon betroffen: die „Freie Stimme“ in Radolfzell, der „Gehrenberg-Bote“ in Markdorf, der „Bote vom Salemer Tal“ in Salem und der „Seebote“ in Überlingen mitsamt seiner Nebenausgabe „Stockacher Tagblatt“.

In anderen Fällen hatte man durch Zusammenlegungen das Feld ‚bereinigt‘. In Bretten waren dem „Brettener Tagblatt“ die „Brettener Zeitung“ und das „Südwestdeutsche Volksblatt“ einverleibt worden. Sehr erfolgreich war man damit bei den Lesern jedoch nicht. Mit einer Auflage von 2.686 Stück kam das „Tagblatt“ kaum über jene 2.500 hinaus, die bereits das „Südwestdeutsche Volksblatt“ allein für 1932 gemeldet hatte. Ähnlich sah es in Bruchsal aus, wo 1936 die „Bruchsaler Neue Zeitung“ an die Stelle von „Bruchsaler Zeitung“, „Bruchsaler Bote“ und „Bruchsaler Neuer Morgenpost“ getreten war. Mit einer Auflage von 4.433 blieb sie jedoch hinter ihren drei Vorgängern zurück, die zusammen auf 8.960 Exemplare gekommen waren. Allerdings ist es in diesen wie manchen anderen Fällen nicht leicht zu entscheiden, ob stärker die politischen oder doch die ökonomischen Argumente ausschlaggebend waren. Wie war es wohl in dem knapp 7.500 Einwohner zählenden Eberbach, wo noch 1934 die „Eberbacher Zeitung“ und der „Stadt- und Landbote“ nebeneinander erschienen, die eine mit 1.050 Auflage, der andere mit 1.250? 1937 gab es nur noch den „Stadt- und Landboten“, der nun bloß mit dem Untertitel an die „Eberbacher Zeitung“ erinnerte. Die gemeldete Auflage betrug 1.743 Stück.

Andernorts wurde dagegen noch lange der Schein gewahrt. In Tauberbischofsheim blieb der Dualismus zwischen dem nationalsozialistischen „Franken“, einer Nebenausgabe der Heidelberger „Volksgemeinschaft“, und dem „Tauber- und Frankenboten“, einem früheren Zentrumsblatt erhalten. Beide verzeichneten 1937 etwa gleich hohe Auflagen: der „Franke“ 4.300, der „Tauber- und Frankenbote“ 3.983 (bei einer Einwohnerzahl der Gemeinde von 3.799). Den wenigsten dürfte damals bekannt gewesen sein, dass der „Tauber- und Frankenbote“ von der Aktiengesellschaft Frankonia am 1. Februar 1936 an die „Volksgemeinschaft“ hatte verkauft werden müssen⁴⁸. Offiziell trat die „Volksgemeinschaft“ jedoch nicht in Erscheinung. Erst Ende April 1943 wurde das vermeintlich bürgerliche Blatt eingestellt.

47 HALE (wie Anm. 1) S. 187.

48 Diana SEUFERT, Ein Haus mit großer Geschichte. In: „Fränkische Nachrichten“ vom 30. September 2008.

Die badische Presse im totalen Krieg 1943/44

Die eskalierende totale Kriegführung der Nationalsozialisten ließ weder die deutschen Zeitungen noch ihre Statistik unberührt. Im Herbst 1942 wurden die Fragebögen für die siebente Auflage des Handbuchs der deutschen Tagespresse verschickt, aber bis es dann wirklich erscheinen konnte, war es Herbst 1944 und eine weitere Schließungswelle hatte die deutsche – und damit auch die badische – Zeitungslandschaft reduziert. Immerhin wurde es tatsächlich noch gedruckt und ausgeliefert, obwohl sein Datenmaterial kaum noch den Gegebenheiten entsprach. Den aktuellen Stand zum 1. Oktober 1944 fasste nur noch eine sechszehnteilige Beilage zusammen. Auf der Basis des Handbuchs können für die Jahre 1937 bis 1944 drei Veränderungen präzise nachgezeichnet werden: 1. die Veränderungen zwischen 1937 und 1943, vor allem aufgrund der ersten großen Zeitungsschließungsaktion 1941; 2. der Umfang der zweiten Schließungsaktion im Frühjahr 1943, denn die wurde im Handbuch detailliert dokumentiert; und 3. die anschließenden Stilllegungen bis Herbst 1944. In allen Fällen bleiben im Folgenden die elsässischen Zeitungen, die seit 1940 dem „Gau Baden“ zugeschlagen wurden, unberücksichtigt.

Von den 77 noch 1937 im Handbuch verzeichneten badischen Zeitungen wurden im Frühjahr 1943 nur noch 37 genannt. Die Rechnung ist einfach: In der Zwischenzeit – vor allem bis 1941 – fielen noch einmal 40 Zeitungen weg, mehr als die Hälfte des Bestands von 1937. Dass es sich nicht um eine vorübergehende Maßnahme handelte, sondern um eine gezielte, endgültige Bereinigung nicht nur der badischen Zeitungslandschaft, wurde nicht verschwiegen. Im Vorwort zum Handbuch gab Max Amann offen zu: *Die Stilllegung eines Presseorgans bedeutet, auch wenn ihre Gründe sie nur vorübergehend erforderlich machen [sic], doch in der Regel sein Ende für die Dauer*⁴⁹.

Bloß bis zu einem gewissen Grad ist für diese Phase die Auflagenentwicklung zu rekonstruieren. Das Handbuch verzeichnete nämlich für alle noch 1943 existierenden Zeitungen nur noch eine länger zurück liegende Auflagenangabe: die vom September 1939. Allerdings geschah dies noch immer nicht ganz lückenlos; von drei Zeitungen fehlen die Angaben. Aus den vorhandenen Angaben lässt sich eine Gesamtauflage von 533.665 Exemplaren berechnen. Die drei fehlenden Zeitungen⁵⁰ dürften etwa 30.000 weitere Exemplare beigetragen haben. Alles in allem ergibt sich daraus jedoch nur ungefähr der Wert, der bereits 1937 zu verzeichnen war: 560.000 Exemplare. Eine nennenswerte Erhöhung der Auflage, ein deutlicher Zugewinn für die von den Nationalsozialisten stark reglementierte Presse insgesamt ist bis Kriegsbeginn nicht festzustellen.

49 Handbuch 1944 (wie Anm. 4) S. XVI.

50 Die nach wie vor relativ auflagenstarke „Badische Presse“ in Karlsruhe sowie der „Mittelbadische Bote“ aus Brühl und der Eberbacher „Stadt- und Landbote“.

Auf einem ganz anderen Blatt steht die Antwort auf die Frage nach möglichen internen Umschichtungen. Hier lässt sich feststellen, dass die nationalsozialistischen Zeitungen weiter auf Expansionskurs waren. In nur zwei Jahren steigerten sie ihre Auflage um gut 30 Prozent. 1939 entfiel auf die nur acht NS-Blätter (einschließlich ihrer Nebenausgaben) bei einer Auflage von 368.000 Stück ein Auflagenanteil von mittlerweile mindestens zwei Dritteln.

Von den bis Anfang 1943 weggefallenen 40 Zeitungen hatten die allermeisten nur lokale Bedeutung und erreichten bloß Auflagen von höchstens 2.500 Stück (nach dem Stand von 1937). Ausnahmen von dieser Regel gab es nur vier. Das mit Abstand größte der eingestellten Blätter war die „Deutsche Bodensee-Zeitung“ in Konstanz, die 1937 noch mit sieben Nebenausgaben und einer Gesamtauflage von 15.880 Stück erschienen war. Ihre Bezieher erhielten am 30. Juni 1941 ein Schreiben, dass „kriegswirtschaftliche Maßnahmen“ die Einstellung bedingt hätten. An Ersatz sollte es nicht fehlen: „Nunmehr wird jede Familie Bezieher der Parteizeitung sein!“⁵¹.

Hart traf es auch die Zeitungsleser in Mannheim. Hier war schon 1939 das „Mannheimer Tageblatt“ (1937: Auflage 10.533) mit der „Neuen Mannheimer Zeitung“ verschmolzen worden. Außerdem fielen nun auch noch sechs eigenständige Stadtteil-Zeitungen mit zusammen ca. 7.000 Exemplaren Auflage weg⁵².

Auch in Freiburg und Karlsruhe wurde die Auswahl eingeschränkt. 1940 wurde die Freiburger „Tagespost“ (1937: Auflage 9.313) von der „Freiburger Zeitung“ übernommen, in Karlsruhe wurde der „Residenz-Anzeiger“ eingestellt (1937: Auflage 5.394).

Doch auch die im Frühjahr 1943 noch vorhandenen 37 Zeitungen hatten keine Bestandsgarantie. Fast die Hälfte von ihnen musste dies in den ersten Monaten jenes Jahres erfahren. Zwischen dem 28. Februar und dem 30. April gab es 17 völlige Betriebsstilllegungen sowie die Umformung einer selbständigen Zeitung zu einer Nebenausgabe (das „Kenzinger Wochenblatt“ wurde der „Lahrer Zeitung“ zugeschlagen). Noch immer hatte es ziemlich kleine Zeitungen gegeben (das „Säckinger Tageblatt“ hatte 1939 nur eine Auflage von 800 Stück gehabt, die „Kaiserstühler Nachrichten“ in Endingen nur 900), aber insgesamt lagen die meisten der nun ausgeschalteten Zeitungen schon in einer Auflagengröße von 2–8.000 Stück. Deutlich größer war nur ein Blatt, die „Freiburger Zeitung“, die 1940 erst die „Tagespost“ übernommen hatte (Auflage 1939: 18.820).

Aber noch immer sah man Möglichkeiten zur Reduzierung. Bis zum Herbst 1944 wurden noch einmal vier Zeitungen geschlossen. Und darunter waren nun

51 GEIGGES (wie Anm. 45) S. 196.

52 „Feudenheimer Zeitung“, „Friedrichstaler Zeitung“, „Käfertaler Anzeiger“, „Neckarauer Zeitung“, „Sandhofener Anzeiger“ und der Seckenheimer „Neckar-Bote“.

drei ziemlich große, weil nun auch in Großstädten aus Rationalisierungsgründen nur noch eine Zeitung erscheinen sollte⁵³: In Heidelberg traf es die „Heidelberger Neuesten Nachrichten“ (Auflage 1939: 18.700), in Karlsruhe die „Badische Presse“ (keine Angabe zur Auflage 1939, 1937: „über 30.000“) und in Mannheim die „Neue Mannheimer Zeitung“ (Auflage 1939: 35.150). In allen drei Städten wurde nun nur noch die lokale parteiamtliche NS-Zeitung vertrieben. Als vierte Zeitung wurden die „Breisgauer Nachrichten“ in Emmendingen eingestellt (Auflage 1939: 3.671).

Am 1. Oktober 1944 waren in Baden nur noch 16 Zeitungen vorhanden⁵⁴. Zwar gab es fast überall bloß noch eine Zeitung im Angebot, aber noch immer waren Ausnahmen vorhanden und überraschenderweise nicht in den Großstädten. Nach wie vor wurde in Bruchsal die erst 1936 aufgrund einer Zusammenlegungsaktion entstandene „Bruchsaler Neue Zeitung“ neben der Lokalausgabe des Karlsruher „Führer“ vertrieben; wurde in Lörrach das „Oberbadische Volksblatt“ neben der Lokalausgabe des Freiburger „Alemannen“ geduldet und gab es in Waldshut sogar die Konkurrenz zwischen zwei NS-Zeitungen, dem einheimischen „Alb-Boten“ und einer weiteren Lokalausgabe des Freiburger „Alemannen“.

Vordergründig war das Zahlenverhältnis zwischen Partei- und Nicht-Parteizeitungen noch nicht einmal so schlecht: Acht Parteizeitungen standen acht Nicht-Parteizeitungen gegenüber. Das Bild verändert sich jedoch drastisch, wenn man auf die Auflagenzahlen blickt. Fritz Schmidt meldet für dieses Jahr – leider einschließlich von drei im Elsass erscheinenden Zeitungen – eine Gesamtauflage von 1.010.666 Exemplaren, von denen 901.737 auf die neun Partei-, aber nur 108.929 auf die zehn Nicht-Parteizeitungen entfielen⁵⁵. Von der Gesamtauflage entfiel damit gerade einmal jedes neunte Exemplar (10,75 Prozent) auf die Nicht-Parteipresse. Und was heißt schon „Nicht-Parteipresse“? Rigide inhaltliche Anweisungen sorgten für nur minimalen Gestaltungsspielraum.

Vor diesem Hintergrund ist das Wachstum der Gesamtauflage während des Krieges erstaunlich. Veranschlagt man für die drei elsässischen Zeitungen nur einmal einen Auflagenanteil von 15 Prozent proportional zu ihrer Zahl, so produzierten die 16 badischen Tageszeitungen im Oktober 1944 eine Auflage von rund 860.000 Stück, nachdem es im Herbst 1939 nur 560.000 gewesen waren – eine Zunahme von gut 50 Prozent. Sicher, die Zeitungen durften – seit dem

53 HALE (wie Anm. 1) S. 302.

54 Die Beilage im „Handbuch“ von 1944 (wie Anm. 4) verzeichnet nur 15 Zeitungen. Zudem erschien jedoch noch (bis 13. April 1945) das „Offenburger Tageblatt“, wie die erhaltenen Ausgaben beweisen. Die Konkurrenz zur Lokalausgabe des Karlsruher „Führers“ wurde erst im Frühjahr 1945 beseitigt, als es nur noch eine regelmäßig bloß zweiseitige „Offenburger Gemeinschaftszeitung“ gab (in der auch die „Kehler Zeitung“ aufgegangen war). SCHMIDT (wie Anm. 1) S. 116, spricht zwar von 19 Zeitungen, schließt aber drei elsässische Zeitungen mit ein.

55 Ebd.

12. August 1944 – nur noch aus maximal vier Seiten bestehen und boten damit nur noch einen Schatten dessen, was sie 1939 waren, aber nominell knüpften sie damit an die Zahlen von 1932 an, ja überboten sie wahrscheinlich sogar noch. Die Qualität war jedoch eine ganz andere. Von der früheren Vielfalt fehlte jede Spur, alles richtete sich nach den Propagandavorgaben aus Berlin.

Eine über Zeitungs- und Auflagenzahlen hinausgehende Beobachtung muss am Ende noch angefügt werden. Die Zeitungen waren immer nicht nur ein Informationsmedium, sondern auch ein Geschäft. Und das muss im Laufe des Krieges immer rentabler geworden sein. Zwar sind keine Bilanzen oder Gewinnzahlen der badischen Zeitungen überliefert, aber der Gesamtbefund ist aus wenigen Rahmenbedingungen leicht zu rekonstruieren: Die Konkurrenz wurde reduziert und der Inhalt auch, aber der Preis blieb derselbe. Das Mannheimer „Hakenkreuzbanner“ beispielsweise verlangte für seine siebenmal wöchentlich erscheinende B-Ausgabe im Oktober 1938 monatlich 1,70 Mark zuzüglich 30 Pfennige Trägerlohn. Im Oktober 1944 galt noch immer derselbe Preis, nur wurde er jetzt etwas anders formuliert: „Durch Träger frei Haus: 2,-“. Die Zeitung erschien aber nur noch sechsmal wöchentlich und umfasste nur noch die vorgeschriebenen vier Seiten, etwa ein Drittel des Vorkriegsumfangs⁵⁶. Die Einnahmen durch Anzeigen waren zwar 1944 sicherlich nicht mehr erwähnenswert, aber dafür waren auch die Produktionskosten für das Vier-Seiten-Blatt auf ein Minimum geschrumpft. Bei wesentlich höherer Auflage und dem konstanten Verkaufspreis muss ein erhebliches Gewinnwachstum die Folge gewesen sein.

Das Vorhandensein dieser Gewinne lässt sich auch an einem anderen Indiz ablesen: Anders als beim Verbot der linken Presse 1933 wurden die Schließungen aufgrund der Amann-Anordnungen 1935/36 und während des Krieges nicht entschädigungslos durchgeführt. Und diese Entschädigungen scheinen im Laufe der Jahre erheblich gestiegen zu sein. Im Frühjahr 1943 wurden drei Alternativen angeboten: den definitiven Verkauf des Verlagsrechts „zu einem Entschädigungssatz von 20.– bis 25 RM je nachgewiesenem Bezieher und je nach Höhe des Monatsbezugspreises“; die Einbringung des Verlagsrechts in einen neuen Verlag gemeinsam mit dem weiterhin existierenden Parteiblatt; sowie die Verpachtung auf Kriegsdauer gegen einen „Pachtzins von etwa 50 bis 80 Pfennig je übernommenen Abonnenten und Monat, d.h. also zu ungefähr einem Drittel des bisherigen Monatsbezugspreises“⁵⁷. Nimmt man nun an, dass die Zahlung von einem Drittel des Abonnementspreises kein Verlustgeschäft für die übernehmenden NS-Verlage war, so ist daraus zu schließen, dass dieses Drittel

56 Gesammelt wurde von den beiden „Hakenkreuzbanner“-Ausgaben anscheinend nur die zwölfmal wöchentlich erscheinende A-Ausgabe, die 1938 für 2,20 Mark zuzüglich 50 Pfennige Trägerlohn monatlich verkauft wurde. Die Umfänge dieser Ausgabe schwankten stark, pro Woche kamen aber regelmäßig um 160 Seiten zustande. Den täglichen Umfang der B-Ausgabe wird man vor diesem Hintergrund sicherlich mit durchschnittlich zwölf Seiten ansetzen dürfen.

57 SCHMIDT (wie Anm. 1) S. 173.

beim Stamm der eigenen Auflage zusätzlicher Gewinn war. Das „Hakenkreuzbanner“ hätte seinen alten Abonnenten also durchaus für nur noch 1,30 Mark verkauft werden können und hätte immer noch Gewinn abgeworfen. Dass diese sprudelnde Quelle bald versiegte, steht auf einem anderen Blatt. Es sollte jedenfalls deutlich geworden sein, dass bei der Betrachtung der Pressegeschichte im NS-Staat nicht nur publizistisch-propagandistische Aspekte, sondern auch ökonomische im Blick zu behalten sind.

Zusammenfassung

Von den 1932 gezählten 166 badischen Zeitungen erschienen Ende 1944 noch 16, gerade einmal knappe zehn Prozent. Damit war der Kahlschlag in Baden besonders radikal. Im benachbarten Württemberg waren von 189 Zeitungen 41 geblieben, also 22 Prozent. Für Bayern wurde festgestellt, dass es 22,5 Prozent waren, im Reichsdurchschnitt „immerhin noch 28,7 Prozent“⁵⁸. Tatsächlich ist der Kahlschlag sogar noch größer, denn eigentlich muss man eine andere Rechnung aufmachen und die zunächst vier, später acht NS-Blätter unberücksichtigt lassen: Von 162 Zeitungen blieben dann acht. Das entspricht einer Reduktion von 95 Prozent.

Nicht ganz so groß war der Auflagenschwund bei der nicht direkt nationalsozialistischen Presse. Rechnet man für die vier nationalsozialistischen Blätter für 1932 großzügig eine Gesamtauflage von 40.000 Stück, so betrug die Auflage der nicht direkt nationalsozialistischen Presse in jenem Jahr rund 800.000. Ende 1944 lag sie noch bei rund 100.000, das bedeutete einen Rückgang um sieben Achtel. Immerhin: Wer von den Verlegern das Glück hatte, immer noch dabei sein zu dürfen, konnte sich eines erheblichen Zugewinns erfreuen. 1939 kamen die acht Nicht-Partei-Zeitungen nur auf eine Gesamtauflage von 47.000.

Die Untersuchung bestätigte, dass diese Beschränkungen in den drei schon lange bekannten Schüben vorgenommen wurden: gleich 1933, 1935/36 und während des Krieges. Viel präziser ist nun jedoch deren Ausmaß darstellbar. Es wurde deutlich, dass für Baden mit seiner zu erheblichen Teilen katholischen Bevölkerung der Einschnitt 1935/36 von der Zahl der betroffenen Zeitungstitel her am tiefsten war.

Die großen Gewinner waren selbstverständlich die NS-Zeitungen. Gegenüber 1932 hatte sich ihre Zahl zwar nur verdoppelt, aber die Auflage hatte sich schon bis 1939 rund verzehnfacht, bis 1944 verzwanzigfacht. Über diesem ungeheuren Ausbau der badischen NS-Presse sollte jedoch eines nicht übersehen werden: Die Ausfälle der nichtnationalsozialistischen Presse seit 1933 vermochte sie bis Kriegsbeginn nicht auch nur annähernd wieder auszugleichen. 1939 dürfte die Versorgung des Landes mit Zeitungen um ein Drittel niedriger als 1932 gewesen sein.

58 FREI (wie Anm. 24) S. 20.

Nun wird man überlegen müssen, ob vielleicht 1932 nicht eine gewisse Überversorgung geherrscht habe, die im Laufe der Jahre schon aus wirtschaftlichen Gründen hätte reduziert werden müssen. Wenn allein in einer Stadt wie Mannheim mit ihren 260.000 Einwohnern beispielsweise sechzehn Tageszeitungen (einschließlich acht Stadtteilzeitungen) mit einer Gesamtauflage von rund 150.000 Exemplaren erschienen, war das schon eine Menge, selbst wenn man annimmt, dass einiges auch regional verkauft wurde. Dass es 1943 nur noch zwei Zeitungen gab, die – nach dem Stand von 1939 – mit 90.000 Exemplaren verbreitet wurden, war selbstverständlich hinsichtlich der früheren Meinungsvielfalt eine schwere Einschränkung. Aber letztlich mag dies noch ausgereicht haben, um die Stadt mit einem Minimum an vom Regime gewünschten Informationen zu versorgen.

Ganz anders wird es aber in ländlichen Regionen ausgesehen haben. Gerade in katholisch geprägten Gebieten war man zum Teil Jahrzehnte lang den traditionellen kleinen Zentrumsblättern treu gewesen. Ihr Wegfall konnte nur unzureichend von den großen nationalsozialistischen Tageszeitungen mit ihren Regionalausgaben ausgeglichen werden; das ist allein schon an den Auflagenzahlen ablesbar. Größere Bevölkerungsteile waren damit über die Presse von der Partei nicht mehr zu erreichen.

Während des Krieges scheint sich dies tiefgreifend verändert zu haben. Auf jeden Fall steht fest, dass den beiden großen Schließungswellen noch einmal eine Menge von Nicht-Parteizeitungen zum Opfer fiel. Die verbleibenden Zeitungen profitierten davon. Sowohl Partei- wie Nicht-Parteizeitungen konnten ihre Auflagenzahlen erheblich steigern, weil der Nachrichten hunger der Bevölkerung groß war. In wie weit bislang abseits gebliebene Leserkreise erobert werden konnten, muss allerdings offen bleiben.

Dies galt auf jeden Fall, wie die Untersuchung gezeigt hat, für Baden, möglicherweise aber auch für andere Teile des Reiches – wie noch zu untersuchen wäre. Einbezogen werden sollte dabei aber auch die Inhomogenität, um nicht zu sagen: Fraktionierung, der nationalsozialistischen Propagandaführung. Von Anfang an waren die Zugriffsmöglichkeiten von Propagandaminister Goebbels auf die Presse beschränkt. Ständig musste er mit den Reichsleitern Otto Dietrich und Max Amann konkurrieren. In anderen Bereichen sah das ganz anders aus. Film und Rundfunk unterstanden fast ganz allein dem Propagandaministerium. Zu vermuten ist deshalb, dass dort die letztlich unbefriedigende Situation bei der Presse hingenommen wurde, weil man eine Alternative sah: das Radio.

Tatsächlich war auch in Baden die Zahl der angemeldeten Rundfunkgeräte mächtig gewachsen. Von Ende 1933 bis Ende 1937, also in nur vier Jahren, hatte sie sich von 128.003 auf 270.259 mehr als verdoppelt. Wurden Ende 1933 nur 21 Prozent der badischen Haushalte erreicht, so waren es Ende 1937 gut 44 Pro-

zent⁵⁹. Sicherlich konnte das Radio damit noch nicht mit der Reichweite der Presse konkurrieren, aber die Prognosen waren nicht schlecht; im Prinzip verliefen die Trends gegenläufig – steigend beim Radio und fallend bei der Presse. Dies zeigen zumindest die Zahlen, die für den Rundfunk im Jahr 1941 vorliegen. Am 1. April jenes Jahres wurden 407.000 badische Rundfunkteilnehmer gezählt, das waren immerhin 50 Prozent mehr als 1937. Nach wie vor war allerdings der Unterschied in der Rundfunkversorgung zwischen Stadt- und Landkreisen beträchtlich. In den Städten gab es durchschnittlich 72,7 Rundfunkteilnehmer auf 100 Haushalte, auf dem Land waren es nur 51,5⁶⁰.

An dieser Stelle wird offensichtlich, dass die genaue Betrachtung der deutschen Presse-Entwicklung dazu zwingt, neben der Presse auch systematisch den Rundfunk in die historische Analyse einzubeziehen, wenn man dem nationalsozialistischen System der Informations- und Propagandaverbreitung gerecht werden will. Hier sind nur Grundlinien zu skizzieren: Auf der einen Seite kann man es schon als sachlich gerechtfertigt ansehen, unter dem Aspekt der Kriegsvorbereitung und der Kriegführung den sehr personalintensiven Pressebereich zugunsten des Rundfunks zu reduzieren. Auf der anderen Seite wird man aber auch weitere, viel trivialere, im innerparteilichen Konkurrenzkampf des NS-Staats wurzelnde Argumente nicht übersehen dürfen und entsprechend gewichten müssen: Das Verlagswesen gehörte von 1933 an zum Machtbereich Max Amanns, des Reichsleiters für die Presse, während der Rundfunk dem Kommando von Propagandaminister Goebbels unterstand. Und so wie Amann ökonomischen Gewinn für sich und das Regime aus seinem Zeitungs-Imperium zog, war auch Goebbels vom Gedeihen – das heißt der Verbreitung – des Rundfunks abhängig, wurde sein Ministerium doch zum größten Teil nicht aus Steuermitteln, sondern aus den Rundfunkgebühren finanziert⁶¹. Für Goebbels wird deshalb ein – zumindest zeitweiser – Rückgang in der propagandistischen Bedeutung der Presse nicht weiter schlimm gewesen sein. Ihm stand mit dem Radio eine Alternative zur Verfügung, deren Nutzung noch dazu die finanzielle Basis seines Ministeriums zu sichern und zu verbreitern half.

59 Statistisches Jahrbuch 44 (1938), S. 346.

60 Rundfunkstatistik. Die Verbreitung des Rundfunks am 1. April 1941, in: Rundfunkarchiv 14 (1941), S. 416.

61 Daniel MÜHLENFELD, Joseph Goebbels und die Grundlagen der NS-Rundfunkpolitik, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 54 (2006), S. 442–467.